

**Bezirkskonferenz der Jusos Oberfranken**

# *Ein Europa für Oberfranken*

**Beschlusslage**

**15. Februar 2014**

**Festung Rosenberg, Kronach**



# Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Leitantrag: Ein Europa für Oberfranken (Bezirksvorstand).....	3
<b>Antragsbereich Arbeit</b> .....	<b>7</b>
A1: Für eine sozial gerechte Verteilung der Arbeitszeit! (UB Bamberg-Forchheim).....	7
A2: Sexuelle Dienstleistungen – legal, sicher, transparent (UB Bamberg-Forchheim).....	8
<b>Antragsbereich Bildung</b> .....	<b>17</b>
B3: „Notwendigkeit der Beförderung“ im Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs Reformieren! (UB Bayreuth).....	17
<b>Antragsbereich Gesundheit und Pflege</b> .....	<b>18</b>
G1: Herausforderung Altenpflege (Bezirksvorstand).....	18
G2: Antibiotika und Impfstoffe für die Welt (UB Bamberg-Forchheim).....	19
<b>Antragsbereich Landwirtschaft</b> .....	<b>20</b>
L1: Auf Phosphormangel vorbereiten (UB Bamberg-Forchheim).....	20
<b>Antragsbereich Partei und Organisation</b> .....	<b>26</b>
P1: Die Rolle der SPD in der großen Koalition (Bezirksvorstand).....	23
P2: Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden (Bezirksvorstand).....	25
<b>Antragsbereich Rechtsextremismus</b> .....	<b>26</b>
R1: Freies Netz Süd sofort verbieten! (Bezirksvorstand).....	26
R2: Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung mit einer SPD- und Juso-Mitgliedschaft (UB Bamberg-Forchheim).....	28
<b>Antragsbereich Sexualität</b> .....	<b>29</b>
S2: Änderung Sperrbezirksverordnung der Stadt Bamberg ( UB Bamberg-Forchheim).....	29

Herausgeber: Jusos Oberfranken

vertreten durch den Vorsitzenden Sebastian Fischer

Anschrift: Willy-Brandt-Haus, Sonntagsanger 9, 96450 Coburg

Internet:

[www.jusos-oberfranken.de](http://www.jusos-oberfranken.de); [http://www.twitter.com/jusos\\_ofra](http://www.twitter.com/jusos_ofra); <https://www.facebook.com/Jusos.Oberfranken>

E-Mail: [Sebastian.Fischer@spd-markt-zell.de](mailto:Sebastian.Fischer@spd-markt-zell.de)

## Leitantrag

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Weiterleitung an SPD-Landesparteitag und Juso-Landeskonferenz (redaktionell abgeändert)

## Ein Europa für Oberfranken - starkes Europa, starkes Oberfranken.

### 1 1. Einleitung

2 Europa ist etwas Positives. Doch viele Menschen sehen das nicht so. Sie haben ein sehr negatives Bild  
3 von der Europäischen Union. Sie nehmen sich selbst nur als Beitragszahler\_innen wahr. Sie sehen Europa  
4 als ein Fass ohne Boden, das Steuergelder aufsaugt, um in andere Länder zu stecken.

5 Europa ist jedoch mehr. Die Europäische Union ist ein Konstrukt, das seit der Gründung der Montanuni-  
6 on den Frieden in Europa sichert. Sie ist ein Konstrukt, deren Auswirkungen jeden Tag aktiv sind. Vom  
7 grenzüberschreitenden Handel profitieren unsere Unternehmen und die privaten Haushalte. Einkaufen,  
8 oder Essen gehen in Tschechien ist für viele schon so normal geworden, dass es als positive Auswirkung  
9 nicht mehr wahrgenommen wird. Europa bietet Urlaubsreisen ohne Grenzkontrollen und ohne Geld zu  
10 tauschen.

11 Und trotzdem haben viele Menschen ein negatives Bild der EU. Der Euro gilt als Teuro. Die EU als büro-  
12 kratisches Monster. Wir wissen: es läuft nicht alles richtig in der EU. An vielen Stellen muss korrigiert  
13 werden. Wir wollen die Europäische Union verbessern, so dass sie unmittelbar positiv für ihre Einwoh-  
14 ner\_innen wirkt. Wir wollen ein Europa, das vor Ort gespürt wird.

### 15 2. Arbeiten vor Ort in Europa

16 Zum 31. Dezember 2012 lebten in Oberfranken 90.432 Menschen im Alter zwischen 18 und 25 und  
17 33.335 zwischen 15 und 18.<sup>1</sup> Diese junge Menschen stehen entweder kurz vor der Ausbildung, sie sind  
18 mitten in ihr oder sind gerade damit fertig geworden. Für diese Menschen muss Europa Lösungen bieten  
19 können.

20 Wir fordern deshalb die strikte Umsetzung der europäischen Jugendgarantie in Oberfranken. **Jeder junge**  
21 **Mensch unter 25 Jahren, muss nach Abschluss der Ausbildung oder nachdem er/sie arbeitslos gewor-**  
22 **den ist, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Arbeitsangebot erhalten.**

23 Doch das darf nicht das einzige Instrument zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit bleiben. Daher  
24 fordern wir eine europaweite Übernahmepflicht für Auszubildende. Jede\_r, der/die die Ausbildung abge-  
25 schlossen hat, benötigt Sicherheit für die Arbeitssuche. Denn, je länger diese dauert, desto größer wird  
26 die Lücke im Lebenslauf. Und je größer diese ist, desto schwieriger wird es, einen Arbeitsplatz zu finden.  
27 **Daher fordern wir, dass jede\_r, der/die seine/ihre Ausbildung abgeschlossen hat, von seinem Unter-**  
28 **nehmen übernommen werden muss.** Diese Phase wird die nötige Sicherheit in der persönlichen Pla-  
29 nung bieten.

30 Für die arbeitenden Menschen in Europa muss gelten: Arbeit muss sich lohnen. Im Koalitionsvertrag von  
31 SPD, CSU und CDU wurde der Mindestlohn für Deutschland vereinbart. Im europapolitischen Teil des  
32 Vertrages, verpflichtete man sich auch zu prüfen, ob ein europaweiter Mindestlohn einführbar ist. Wir  
33 sind uns einig: das ist er. Denn in fast allen Ländern der EU gibt es ihn schon. **Für ganz Europa muss gel-**  
34 **ten: Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit am gleichen Ort.** Dieses Prinzip schützt die arbeitende Bevölke-  
35 rung vor Lohndumping, da der Standort des Arbeitsplatzes über den Mindestlohn entscheidet. Es ver-  
36 hindert unsoziales und ungerechtes Lohndumping sowie das Unterlaufen der örtlichen Löhne und Tarif-  
37 verträge zum Wohle aller Arbeitnehmer\_innen. Wir fordern, es nicht nur bei einem Prüfauftrag, der im  
38 Sand verläuft, zu belassen. Wir fordern echte Anstrengungen zur Umsetzung dieser europaweiten Ver-  
39 besserung für die Arbeitnehmer\_innen.

40 Im Koalitionsvertrag wurde ebenfalls festgehalten, dass man sich einig ist, dass die Sozialrechte aus der  
41 EU-Menschenrechtscharta den Rechten des freien Marktes gleich gesetzt werden sollen. Diese Maßnah-

<sup>1</sup> Statistik kommunal 2012. Oberfranken.

1 me ist bitter nötig. Es kann nicht sein, dass durch EU-Recht wichtige Arbeitnehmer\_innen-Rechte ausge-  
2 hebelt werden. Auch hier fordern wir, es nicht nur bei dieser Ankündigung zu belassen. **Wir fordern von**  
3 **der Bundesregierung echte und ernsthafte Anstrengungen, die Gleichsetzung der Sozialrechte aus der**  
4 **Menschenrechtscharta zu verwirklichen.**

### 5 **3. Migration und Asyl in Europa**

6 Das europäische Asylverfahren ist in der Dublin-III-Verordnung geregelt. Nach dieser ist der Mitglieds-  
7 staat für eine\_n Asylbewerber\_in zuständig, über welchen der- oder diejenige die EU betreten hat. An-  
8 dere Staaten können, wenn sie wollen, zwar Asylanträge von Menschen prüfen, die über einen anderen  
9 EU-Staat eingereist sind, müssen aber nicht. Sie können den Asylantrag auch ganz einfach zu dem zustän-  
10 digen Einreisestaat überweisen. Das führt dazu, dass sich die Bundesrepublik Deutschland weitgehend  
11 aus allem heraus halten kann. Denn sie liegt in der Mitte der EU. Am meisten von den Asylströmen sind  
12 daher Spanien, Italien und Griechenland betroffen. Das sind gerade die Länder, die sowieso schon wirt-  
13 schaftliche Schwierigkeiten haben.

14 Das verbessert die Lage der Asylbewerber\_innen in diesen Ländern nicht. Der Europäische Gerichtshof  
15 für Menschenrechte hat beispielsweise am 21. Januar 2011 Griechenland wegen den dortigen Haft- und  
16 Lebensbedingungen für Asylbewerber\_innen verurteilt, das diese gegen die europäische Menschen-  
17 rechtskonvention verstoßen.

18 Das Asylverfahren muss zwischen den Mitgliedsstaaten zukünftig solidarischer gestaltet werden. **Wir for-**  
19 **dern eine zentrale Asylantragsstelle der europäischen Union. Von dort aus sollen die Asylbewerber\_in-**  
20 **nen gerecht auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.** Dabei sind die familiären Verhältnisse der  
21 Asylbewerber\_innen zu berücksichtigen. Gerade in den Zeiten von Fachkräftemangel und sinkenden Ge-  
22 burtenraten muss Migration als Chance gesehen werden, nicht als Belastung.

23 Die Asylbewerber\_innen sind menschenwürdig unterzubringen. Sie flüchten aus ihrer Heimat und lassen  
24 dort alles, auch Haus und Grund, zurück. Diesen Schritt macht man nicht aus einer Laune heraus. Das  
25 macht man nur, wenn man wirklich verzweifelt ist, um sein Leben fürchten muss und keine Alternative zu  
26 erkennen ist.

27 Diese Menschen gehören ernst genommen und betreut. Eine solche Betreuung muss die Europäische  
28 Union von den Mitgliedsstaaten mit Nachdruck einfordern und zu einer Muss-Regelung machen. Ein  
29 sinnvolles sozialpädagogisches Betreuungsverhältnis ist zu beachten. Die Asylbewerber\_innen gehören  
30 wie Menschen behandelt und nicht wie Menschen zweiter Klasse. Europa müsste dieses Denken nach  
31 dem zweiten Weltkrieg eigentlich überwunden haben.

32 Wir fordern außerdem die Abschaffung des privaten Sicherheitsdienstes „Frontex“ an Europas Grenzen  
33 und den damit eingehenden Abbau der „Festung Europa.“ Grenzsicherung ist staatliche Aufgabe und  
34 muss unter Bedingungen der Menschenrechte erfolgen.

### 35 **4. Europäische Kunst und Kultur vor Ort**

36 Oberfranken ist ein kultureller Regierungsbezirk. Egal ob Fußball, Eishockey, Basketball oder andere  
37 Sportarten - Sportlich ist Oberfranken topp. Oberfranken hat eine ausgeprägte Theaterlandschaft: Bam-  
38 berg, Bayreuth, Coburg, Hof, Selb und andere. Die Wagner-Festspiele und die Hofer Filmtage sind inter-  
39 national bekannt. Die Hofer Symphoniker und die Bamberger Philharmonie bilden die musikalischen Hö-  
40 hepunkte.

41 Neben diesen großen Projekten gibt es eine Vielzahl von kleineren Künstler\_innen, die auch über Ober-  
42 franken hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad erzielt haben. Egal ob ernsthafte Musik oder Comedy –  
43 Oberfranken ist vielfältig.

44 Bereits jetzt fördert die Europäische Union viele Kulturprojekte, wie zum Beispiel das Donald Duck Muse-  
45 um in Schwarzenbach an der Saale. Mit neuen Ideen können Kommunen ihre Gemeinde gestalten und  
46 sich mit Fördermitteln der EU dabei helfen lassen.

47 Viele kleine Kommunen wissen oft aber gar nichts von Fördermöglichkeiten. **Daher fordern wir die**

1 **Schaffung einer Beratungsstelle für EU-Förderungen als Anlaufstelle für Bürgermeister\_innen und Ge-**  
2 **meinderät\_innen kleiner Gemeinden an der Regierung von Oberfranken.** Bis zum 31. Dezember 2020  
3 wird die EU mit insgesamt 1,46 Milliarden Euro kulturelle Projekte fördern. Oberfrankens Kommunen  
4 müssen davon profitieren können.

##### 5 **5. Starke Wirtschaft in Europa, starke Wirtschaft in Oberfranken**

6 Die Grundlage Europas ist eine starke Wirtschaft. Unsere Wirtschaft ist komplex und international sehr  
7 verflochten. Man kann die Wirtschaft einer Region nicht ohne weiteres isoliert betrachten.

8 Die Bankenkrise betrifft auch Oberfranken. Vor der Krise haben sich Banken gegenseitig Geld geliehen.  
9 Kredite an kleine und mittelständische Unternehmen waren schnell vergeben. Nach der Krise haben sich  
10 die Banken damit schwer getan. Sie haben sich selbst untereinander kaum Geld verliehen. Noch jetzt  
11 sind die Kreditzinsen im Vergleich zum Leitzins teuer. Das ist auch ein Zeichen von fehlendem Marktver-  
12 trauen.

13 Daher müssen Maßnahmen entwickelt werden, die bewirken, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es in der  
14 Zukunft zu einer erneuten Krise kommt, minimiert wird. **Daher fordern wir, dass Spekulationen auf Nah-**  
15 **rungsmittel und Staatspleiten europaweit verboten werden.** Eine große Belastung für die Stabilität der  
16 Finanzmärkte sind Leerverkäufe. Hier werden Aktien verkauft, die man nicht besitzt. Finanziert auf Kredit  
17 wird auf einen sinkenden Aktienkurs spekuliert. Denn nur dann, wenn dieser sinkt, wird Profit gemacht.  
18 Wird Profit gemacht, schadet das der Aktie, was destabilisierend wirkt. Wird kein Profit gemacht, scha-  
19 det es dem Kreditwesen. **Daher gehören auch Leerverkäufe europaweit verboten.**

20 Ein weiterer destabilisierender Faktor ist der Hochfrequenzhandel. Hier wird der Wertpapier An- und Ver-  
21 kauf ausschließlich durch Computersysteme durchgeführt. Dies errechnen die optimalen kurzfristigen  
22 Gewinnspannen. Kein Wertpapier wird über Nacht gehalten. **Wir fordern deshalb, dass auch der Hoch-**  
23 **frequenzhandel europaweit verboten wird, um unsere oberfränkischen Banken, ihre Sparer\_innen,**  
24 **und Unternehmen vor unseriösen Finanzmarktspekulationen zu schützen.**

25 Die Krise zeigt uns, dass das Modell der finanzmarktgetriebenen Investmentbanken gescheitert ist. Viel-  
26 mehr müssen Banken wieder verstärkt am Gemeinwohl orientiert werden und nur den Menschen in der  
27 Region und vor Ort dienen. Dieses wird primär von den öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen  
28 Banken garantiert. Doch in den letzten Jahren wurde immer wieder versucht dieses System zu schleifen  
29 und jene Banken zu privatisieren - Mehr und mehr öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken  
30 sollten in das Geschäftsfeld des Investmentbankings getrieben werden. Doch gerade diese Banken, de-  
31 ren Hauptfeld das Kreditgeschäft ist, waren es, die zur Stabilität und Sicherheit des Bankensystems in der  
32 Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben. Daher sollten sie vor Privatisierungen geschützt wer-  
33 den.

34 Das Hauptproblem jedoch ist vor allem das Investmentbanking. Denn dieses stellte das größte Risiko für  
35 das Bankensystem dar. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Investmentbanking unter einem Dach  
36 mit dem Kundengeschäft ist oder wie im angelsächsischen Raum in speziellen Investmentbanken betrie-  
37 ben wird. Das spekulative Investmentbanking produziert immer Risiken und Verluste, die massive Dritt-  
38 wirkungen über die Bank hinaus haben werden, denn unser Wirtschafts- und Finanzsystem sind eng mit-  
39 einander vernetzt. Vielmehr stellt sich nicht die Frage nach Trennbank- oder Universalbanksystem, son-  
40 dern das Bankensystem muss insgesamt vom spekulativen Investmentbanking befreit werden.

41 Daher müssen hochspekulative Finanzprodukte massiv reguliert und in einem weiteren Schritt verboten  
42 werden. Das Verbot von Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel kann jedoch nur ein erster Schritt in die  
43 richtige Richtung sein. Vielmehr muss der Eigenhandel zwischen den Banken abgeschafft werden. Nur  
44 noch Beziehungen zwischen Banken zugunsten von KundInnen sind zulässig. Für alle Banken haben zu-  
45 künftig die strengen Regeln zur Absicherung von Risikopositionen mit Eigenkapital zu gelten. Hier soll der  
46 Verschuldungsgrad maximal 3% betragen. Dafür kann Basel III eine Richtlinie sein.

47 Um eine Abwanderung der bestehenden Investmentabteilungen in sogenannte Schattenbanken beste-  
48 hend aus dubiosen Finanzunternehmen und Hedgefonds zu unterbinden, sind diese zu verbieten. Es sind

1 nur noch Banken zuzulassen, die sowohl den neuen strengen Regeln unterliegen als auch diese tatsäch-  
2 lich befolgen.

3 **Der Staat hat öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken, deren Geschäftsausrichtung sich**  
4 **am Gemeinwohl zu orientieren hat, zu stärken. Der Privatbankensektor ist unter der Prämisse der Ge-**  
5 **meinwohlorientierung zusätzlich zu regulieren, um das erneute Erstarken von Modellen, die auf spe-**  
6 **kulativen Investmentbanking beruhen, zu unterbinden. Daher fordern wir: Stärkung des öffentlichen**  
7 **und genossenschaftlichen Bankensystems, welche nur die Spareinlagen effektiv und sicher zu hundert**  
8 **Prozent schützen kann. Ebenso muss die Risikoproduktion durch spekulatives Investmentbank zur Si-**  
9 **cherung der gesamten Wirtschaft lahmgelegt werden!“**

10 Diese Maßnahmen können zukünftige Marktzusammenbrüche absichern. Das Geschehene lässt sich je-  
11 doch nicht ändern. Die letzte Krise haben zu großen Teilen die Steuerzahler\_innen gezahlt. Nun muss der  
12 Finanzmarkt endlich mit in Verantwortung gezogen werden. Laut den Zusicherungen der Regierung Mer-  
13 kel hätte schon längst eine Finanztransaktionssteuer kommen sollen. **Daher fordern wir die sofortige**  
14 **Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen.**  
15 Dadurch können auch Rücklagen für zukünftige durch den Finanzmarkt verursachte Probleme geschaffe-  
16 nen werden. **Wir fordern, dass die Bundesregierung zielgerichtete und zielführende Anstrengungen un-**  
17 **ternimmt, die Finanztransaktionssteuer europaweit zu installieren.** So wird Europas Wirtschaft ge-  
18 stärkt, und damit auch die Wirtschaft Oberfrankens. Denn diese hängt von der Weltwirtschaft ab.

19 Doch die Europäische Union wirkt auch unmittelbar vor Ort. Ein wichtiges Instrument ist die Strukturför-  
20 derung. Bei dieser werden Fördergebiete in Kategorien eingeteilt. Leider hat man bei den letzten Haus-  
21 haltsberatungen über unsägliche Zustände diskutiert. Zwischen zwei Gemeinden, die weniger als 5 Kilo-  
22 meter zusammen liegen, hat man ein Fördergefälle von zehn Prozent. Hier werden Nachbargemeinden  
23 gegeneinander ausgespielt. Da hinter steckt kein Konzept, sondern reine Willkür. Unter dem Strich muss  
24 hier nur der Durchschnitt passen. **Daher fordern wir, eine Förderquote für eine Region. Nachbargeme-**  
25 **inden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.**

## 26 **6. Öffentliche Daseinsvorsorge - das Wasser bleibt in Oberfranken.**

27 Ein große Diskussion unter schwarz-gelb war die öffentliche Daseinsvorsorge. Hier haben die führenden  
28 Politiker\_innen von CDU/CSU dazugelernt. Die neue Koalition ist sich einig. **Die Wasserversorgung muss**  
29 **in der Hand der Kommunen bleiben können.** Hier darf die Europäische Union, und schon gar nicht ihre  
30 neoliberalen Kräfte, kein Mitspracherecht haben.

31 Doch die öffentliche Daseinsvorsorge betrifft nicht nur die Wasserversorgung. Daseinsvorsorge bedeutet  
32 alles, was der Mensch zum Überleben benötigt. Das ist Wasser, Luft aber auch Gesundheit, Strom, Heizöl  
33 und Benzin. Denn ohne Benzin ist beispielsweise für viele der Weg zur Arbeit undenkbar. Es wirkt heute  
34 schon als Grundlage, um überhaupt Geld verdienen zu können. Bei Strom und Benzin werden die Kosten  
35 stetig in die Höhe getrieben. Die Privatisierung der Stromversorgung war einer der größten Neoliberalen  
36 Fehler. **Wir fordern daher die Wiederverstaatlichung von Kliniken und der Stromversorgung in einer**  
37 **marktgerechten Form.** Kleiner Projekte werden kommunalisiert, größere Fallen in Landes oder Bundes-  
38 zuständigkeit. **Wir fordern auch die Verstaatlichung der Mineralölwirtschaft, um der Benzinpreistreibere-**  
39 **rei Einhalt zu gewähren.** Nur so können die Verbraucher\_innen von überhöhten Preisen geschützt wer-  
40 den. Strom, Heizung und Benzin für den Arbeitsweg sind kein Luxus. Es handelt sich um überlebenswich-  
41 tige Notwendigkeiten.

## 42 **7. Pfandflascheneinführung innerhalb der gesamten Europäischen Union.**

43 Weitere wichtige Themen sind die Umweltverschmutzung und die zunehmende Ressourcenknappheit.  
44 Deshalb fordern wir die Einführung von Pfandflaschen innerhalb der gesamten Europäischen Union. Je-  
45 des Land soll für die Umsetzung selbst verantwortlich sein. Auf jede Plastikflasche sollte es einen gewis-  
46 sen Betrag an Pfand geben (ca. 25 Cent). Das System sollte ähnlich dem in Deutschland gestaltet werden.  
47 Durch die Einführung von Pfand auf Plastikprodukten und besonders auf Plastikflaschen kann ein Rück-  
48 gang der Umweltverschmutzung durch Plastik erzeugt werden.

1 Pfandautomaten in jedem Supermarkt, Recyclinganlagen in jeder Stadt. Dies wird dafür sorgen, dass die  
2 Umwelt weniger verschmutzt wird. Besonders in küstennahen Gebieten werden viele Meere mit Plastik  
3 und vor allem Plastikflaschen verschmutzt. Das Verhältnis zwischen Plastik und Plankton im Meer be-  
4 trägt beispielsweise inzwischen 6 zu 1. **Tiere werden durch Plastik umgebracht. Plastik hat eine negati-  
5 ve Auswirkung auf die Gene der Menschen. Plastikverbrauch kann nachweislich zu Unfruchtbarkeit  
6 und Veränderung der Genstruktur führen.**

#### **7 8. Ein Europa für jeden Mensch in Oberfranken.**

8 Die Europäische Union ist ein Konstrukt, das gut für Oberfranken ist. Die Europäische Union erleichtert  
9 Oberfrankens Unternehmen den grenzüberschreitenden Handel. Das machen viele Unternehmen, auch  
10 vermeidlich kleinere, von denen man es auf den ersten Blick nicht erwartet. Sie handeln international  
11 auf dem Beschaffungsmarkt im Einkauf oder Vertreiben ihre Produkte europaweit. Die gemeinsame  
12 Währung erleichtert einiges.

13 Auch die privaten Haushalte Oberfrankens treiben internationalen Handel: Tanken in Tschechien, oder  
14 die dortigen Restaurant- und Frisörbesuche. Der Urlaub auf Mallorca, Gran Canaria und in Italien. Das al-  
15 les ist grenzüberschreitender Handel, der ohne Europa nur schwieriger möglich wäre. 40 Jahre lang  
16 konnte ein Teil der der deutschen Bevölkerung nur nach Ungarn oder Russland in den Urlaub fahren. Für  
17 viele scheint die Freizügigkeit selbstverständlich. Sie ist zu einem großen Teil jedoch ein Verdienst der Eu-  
18 ropäischen Union. Den Menschen sollte dies bewusster werden. **Wir fordern deshalb eine durch den  
19 Bund finanzierte Imagekampagne, die die positiven Auswirkungen Europas ganz pragmatisch und rea-  
20 litätsnah herausstellt.**

21 Wenn das getan wird, und Europa nach unseren Vorstellungen umgestaltet wird, dann können die Men-  
22 schen wieder von Europa begeistert werden. Sie müssen die positiven Auswirkungen Europas direkt spü-  
23 ren.

24 **Wir wollen ein solidarisches, soziales und gerechtes Europa. Wir wollen kein Europa des Spardiktats  
25 durch zwei Regierungschefs. Wir wollen ein Europa, das durch seine Bevölkerung regiert und gelenkt  
26 wird. Wir wollen ein Europa, das keine einseitige Politik für die Wirtschaft, insbesondere die Finanz-  
27 wirtschaft macht. Wir wollen ein Europa, das für jeden einzelnen Mensch spürbar positiv wirkt. Wir  
28 wollen ein Europa, das wieder begeistert.**

#### **Antragsbereich A – Arbeit**

##### **Antragsnummer: A1**

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

#### **Für eine sozial gerechte Verteilung der Arbeitszeit!**

29 Schon immer kämpfen Sozialdemokrat\*innen und Gewerkschaftler\*innen für kürzere Arbeitszeiten bei  
30 vollem Lohnausgleich und konnten dabei etliche Erfolge feiern. So konnte man die 6-Tage-Woche mit ei-  
31 nem jeweils 10-Stunden-Arbeitstag in eine 5-Tage-Woche mit einem maximal 8-Stunden-Arbeitstag  
32 überführen. In manchen Branchen konnte sogar von den Gewerkschaften eine 35-Stundenwoche er-  
33 kämpft werden. Doch im Moment dreht sich der Trend um. So müssen immer mehr Arbeitnehmer\*in-  
34 nen auch regulär Samstags wieder arbeiten und für viele wird die 6-Tage-Woche immer mehr zum Alltag.  
35 Insgesamt ist zu beobachten, dass die Wochenarbeitszeit bei Vollbeschäftigten wieder beginnt zu stei-  
36 gen!

37 Offiziell sind in der Bundesrepublik Deutschland im Moment (Stand Dezember 2013) ca. 2,9 Millionen  
38 Menschen arbeitslos. Weitere 3,8 Millionen Menschen sind sogenannte Unterbeschäftigte, also 1-Euro-  
39 Jobber, Hartz-IV-Aufstocker und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte! Somit haben ca. 6,7 Millionen Men-

1 schen keine oder keine ausreichende Arbeit, von der sie leben können. Dem gegenüber steht, dass im-  
2 mer mehr Menschen mehr arbeiten müssen. Statt das Mehr an Arbeit für die Arbeitnehmer\*innen zu er-  
3 höhen, sollte man das Mehr an Arbeitszeit auf breitere Schultern verteilen! Etwa eine Million Menschen  
4 arbeiten mittlerweile über 50 Stunden die Woche im Niedriglohnsektor um überhaupt über die Runden  
5 zu kommen.

6 Doch wie die letzten 30 Jahre gezeigt haben, ist die wachstumsorientierte Arbeitsmarktpolitik nicht dem  
7 Schritt der Vollbeschäftigung näher gekommen, sondern hat vielmehr durch das Heer an arbeitslosen  
8 Menschen und Unterbeschäftigten zu einem Druck auf die Arbeitnehmer\*innen geführt, sich bei Lohner-  
9 höhungen zurückzuhalten und eine höhere Wochenarbeitszeit in Anspruch zu nehmen. Dieser ruinöse  
10 Unterbietungswettbewerb bei Arbeitnehmer\*innen fördert auch den Niedriglohnsektor und solch diskri-  
11 minierenden Arbeitsformen wie Leiharbeit und Werkverträge ohne gewerkschaftliche Interessensvertre-  
12 tung. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden! Daher ist eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung  
13 auf eine 30-Stunden-Woche nötig!

14 Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur allein ein Anliegen der Gewerkschaften, sondern ein gesamtgesell-  
15 schaftliches Projekt, an dem sich auch die SPD beteiligen muss! Die faire Teilung der Arbeit trägt sowohl  
16 den Interessen der Beschäftigten, als auch der Arbeitslosen gleichermaßen Rechnung. Mit Hinblick auf  
17 ihre Wirkung, endlich die Vereinbarung zwischen Familie und Beruf möglich zu machen, ist sie auch ein  
18 wichtiger Schritt zur Gleichstellung und eine sinnvolle familienpolitische Maßnahme.

19 Der Verteilungsspielraum ist immer die Produktivitäts- plus Preissteigerungsrate. Dabei ist die Arbeits-  
20 zeitverkürzung die einzig logische sowie historisch konsequente Antwort auf die jährlichen Produktivi-  
21 tätssteigerungen, die oberhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft liegen und so zu einem Rück-  
22 gang des Arbeitsvolumens und ohne Arbeitszeitverkürzung zu Arbeitslosigkeit führen. Die Verkürzung  
23 der Arbeitszeit ist nur bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich, sonst sinkt die Lohnquote noch  
24 weiter.

25 Die 30-Stunden-Woche ist nach dem Scheitern der neoliberalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die  
26 große Chance für die Sozialdemokratie wieder zur Vollbeschäftigung zu kommen. Nur die Vollbeschäfti-  
27 gung mit ordentlichen Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen darf das Ziel sozialdemokratischen  
28 Handelns in Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen sein!

## **Antragsnummer: A2**

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Bundesparteitag

## **Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent**

### **29 Präambel**

30 Sexuelle Selbstbestimmung ist ebenso ein Grundrecht, wie sexuelle Bedürfnisse Teil der Entfaltung der Persön-  
31 lichkeit sind. Sexuelle Dienstleistungen waren und sind Teil unserer Kultur. Sie verbieten zu wollen ist nicht nur  
32 unrealistisch, sondern ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht aller, die ihnen ohne Zwang nachgehen. Nie-  
33 mand soll aufgrund von Gewalt oder Not gezwungen sein, dieser oder einer anderen Tätigkeit unfreiwillig nach-  
34 zugehen. Jene, die es tun, sollen nicht ungerechten Marktbedingungen oder unzureichenden Arbeitsbe-  
35 dingungen ausgesetzt sein. Deshalb gilt es diese Dienstleistungen, wie jede andere legal, sicher und  
36 transparent in unser Wirtschaftsgeschehen zu integrieren.

### **37 Rechtlicher Status**

38 Sexuelle Dienstleistungen sind in Deutschland seit 1927 nicht mehr strafbar und seit dem Jahr 2002 nicht mehr  
39 sittenwidrig. Jedoch werden Anbieter\_innen noch immer als potenziell kriminell angesehen. **2006 wurde die Zahl**  
40 **der Prostituierten in Frankfurt am Main auf 2000 geschätzt**, was hochgerechnet auf ganz Deutschland etwa  
41 200.000 Personen ausmacht. **Hiervon sind ca. 93 % Frauen, 4 % Männer und 3 % Transsexuelle und ca. 73 % Mi-**



1 **granten, vor allem aus Osteuropa.** Durch die Zuwanderung aus den neuen EU Mitgliedsländern Rumänien und  
2 Bulgarien und dem allgemeinen Wirtschaftsabschwung ist es zu einem Preisverfall dieser Dienstleistungen gekom-  
3 men.

4 Abweichend von dem Prostitutionsgesetz können **Landesregierungen oder von ihnen ermächtigte Behörden**  
5 **Nach Art. 297 EGStGB Prostitution in Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern für das gesamte Gemeindegebiet**  
6 **und in Gemeinden über 20.000 Einwohner für Teile des Gebiets durch die Einrichtung von Sperrbezirken oder**  
7 **Sperrzeiten beschränkt werden,** um diese Dienstleistungen zu unterbinden und wieder illegal zu machen. Da mit  
8 der Einführung eines Sperrbezirks, die Anbieter\_innen in die umliegenden Gebiete ausweichen, konzentriert sich  
9 die Prostitution in abgelegenen Gebieten, was Oligopole begünstigt. **In Deutschland ist Prostitution so derzeit**  
10 **nur auf ca. einem 1/10 der Landesfläche, auf dem 1/3 der Bevölkerung lebt zulässig.** Allerdings muss die Kom-  
11 mune nachweisen, warum im Gebiet durch sexuelle Dienstleistungen eine Gefahr für die Jugend ausgeht, da es  
12 „nicht mehr zulässig sei, die Ausübung der Prostitution außerhalb ausgewiesener Toleranzzonen ohne eine kon-  
13 krete Bewertung daraus resultierender schädlicher Auswirkungen auf die Nachbarschaft, insbesondere auf dort  
14 lebende Jugendliche und Kinder pauschal als Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung einzustufen“(Hes-  
15 sicher VGH Kassel 1245/12). **Diese Umkehrung der Beweislast sollte aufgrund ausdrücklich widersprechender**  
16 **Urteile anderer Verwaltungsgerichte (z. B. VG Augsburg vom 11.09.2013 Aktenzeichen: Au 4 K 13.43) ausdrück-**  
17 **lich gesetzlich fixiert werden.** Die Stadt Dortmund hat 2011 letztendlich ihr gesamtes Gebiet als Sperrbezirk de-  
18 klariert, was vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen im März 2013 für unzulässig erklärt wurde, da die Stadt nach  
19 Schließung eines Straßenstrichs, Ausweichmöglichkeiten nicht hinreichend geprüft hatte. Einzig das Land Berlin  
20 verzichtet in Deutschland komplett auf Sperrbezirke.

21 Eine Sperrgebietsverordnung regelt jedoch nicht bauplanungsrechtlich, ob ein Gebäude genehmigungs-  
22 fähig ist. So kann gewerbsmäßige Prostitution nach der Sperrgebietsverordnung zulässig, bauplanungs-  
23 rechtlich aber unzulässig sein, denn die Regelungsbereiche des Bau- und Ordnungsrechts sind getrennt.  
24 Das Bauplanungsrecht beurteilt nur die bodenrechtlichen Spannungen, die durch die Nutzung von Ge-  
25 bäuden für die Ausübung von Prostitution entstehen können und ist eigentlich kein Instrument zur Be-  
26 kämpfung von Prostitution. Jedoch wird mangels anderer rechtlicher Regulierungsmöglichkeiten sowohl  
27 von Behörden als auch von betroffenen Nachbar\_innen zunehmend das Baurecht als Mittel gegen Prosti-  
28 tution gebraucht.

29 Die Eingliederung der Sexarbeit in das wirtschaftliche System ist bisher kaum erfolgt. Nach dem Prostitutionsge-  
30 setz können sexuelle Dienstleister\_innen Entgelt einklagen und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
31 aufnehmen, die ein eingeschränktes Weisungsrecht der\_des Arbeitgeberin\_Arbeitgebers beinhaltet. Dies bedeu-  
32 tet, dass Arbeitszeit, Ort und Preise vorgegeben werden können. Jedoch ist die\_der Beschäftigte nicht verpflich-  
33 tet, tatsächlich sexuelle Handlungen vorzunehmen oder an sich **zu dulden** (BGH 2 StR 186/03). Dieses Modell hat  
34 sich jedoch bisher kaum durchgesetzt, lediglich einige Teilzeitprostituierte arbeiten nach Angaben von Ver.di in ei-  
35 ner geringfügigen Beschäftigung. Trotzdem soll nach einem Beschluss des Bundesrates von 2011 eine abhängige  
36 Beschäftigung in Prostitutionsstätten vermutet werden (Punkt 5 Bundesrat drs.314/10). Eine Vermittlung über  
37 Agenturen oder Bordelle ist für Personen unter 21 nach § 232 StGB Abs. 1 Satz 2 nicht möglich. 18- bis 20-Jährige  
38 können dem Gewerbe nur in ihren eigenen Wohnungen bzw. Wohnwagen oder auf der Straße nachgehen. Wird  
39 eine Beschäftigung in einer Prostitutionsstätte von der Polizei festgestellt, sind die Betroffenen Opfer von Men-  
40 schenhandel, auch wenn weder Zwang noch Gewalt vorliegen.

41 Neben der einheimischen Bevölkerung haben auch EU Bürger nach Art. 56 bis Art. 62 AEUV (Dienstleistungsfrei-  
42 heit) die Möglichkeit einer Tätigkeit in Deutschland nachzugehen. Allerdings muss die Arbeitssuche nach drei Mo-  
43 naten abgeschlossen sein, um nicht einer Ausreiseaufforderung nachkommen zu müssen. Sexuelle  
44 Dienstleister\_innen aus anderen EU Ländern wechseln daher häufig nach spätestens drei Monaten den Ort, wo-  
45 mit sie einer Erfassung der Behörden, was Steuer- und Sozialversicherungszahlungen nach sich ziehen kann, ent-  
46 gehen **können.**

47 Menschen außerhalb der EU können über § 21 AufenthG in Deutschland grundsätzlich eine selbständige  
48 Tätigkeit aufnehmen. Da sexuelle Dienstleistungen keine freien Berufe im Sinne des Einkommenssteuer-  
49 gesetzes sind, scheidet diese Möglichkeit über § 21 aus, ebenso eine unselbstständige Tätigkeit nach der  
50 Beschäftigungsverordnung. Übrig bleibt die Illegalität oder ein Aufenthaltstatus über Eheschließungen  
51 oder Familiennachzugsbestimmungen.

1 **Ein Einstieg in die Sexarbeit erfolgt häufig über persönliche Kontakte oder Zeitungsannoncen.** Ein Ausstieg aus  
2 dem Gewerbe gestaltet sich wegen mangelnder Alternativen, durch gering bezahlte andere Tätigkeiten oder Ar-  
3 beitslosigkeit, schwierig, was auch durch das Stigma dieser Berufsgruppe bedingt ist. **So kommt eine Umfrage un-**  
4 **ter 120 studentischen Sexarbeiter\_innen in Berlin zum Schluss das vor allem soziale Ausgrenzung als Problem**  
5 **gesehen wird, da es u. a. zu einem Doppelleben führt. Relevant waren auch psychische Belastungen, gesund-**  
6 **heitliche Risiken und Probleme in der Partnerschaft.**

## 7 **Beschäftigungssituation**

8 Sexuelle Dienstleistungen umfassen das Mitwirken in pornographischen Filmen, die Prostitution als Be-  
9 gleiter, in Bordellen oder bordellähnlichen Betrieben wie Saunacclubs oder erotischen Massagesalons,  
10 Prostitution in privaten Wohnungen, Straßenprostitution und Sexualbegleitung bei Menschen mit Behin-  
11 derungen.

12 Sexarbeit gestaltet sich vielseitig. So arbeiten Escortbegleitungen generell nur in Teilzeit. Die künstliche Verknapp-  
13 pung führt umgekehrt zu hohen Preisen. Die hohen Anforderungen (Modelmaße, humanistische Bildung, Jugend,  
14 o. Ä.) machen diese Beschäftigung nur für einen kleinen Teil von Menschen möglich. In Bordellen mieten sich Per-  
15 sonen in der Regel ein Zimmer. **Die Tagessätze unterscheiden sich deutschlandweit stark. So sind in norddeut-**  
16 **schen Kleinstädten 30 bis 50 € zu erwarten, während es in Großstädten vor allem in Süddeutschland** zwischen  
17 80 und 180 € sind. Das führt dazu, dass Teilzeit nicht möglich ist, die Zimmer teilweise nur wochenweise gebucht  
18 werden und dann bis zur Erschöpfung gearbeitet wird. Hier ist der Umsatz der\_des Vermieterin\_Vermieters sicher  
19 und unabhängig vom tatsächlichen Umsatz der\_des Dienstleisterin\_Dienstleiters. Eine andere Form sind Betriebe,  
20 wo nur die Infrastruktur zu Verfügung gestellt wird und die Prostituierten Eintritt oder eine stundenweise Pau-  
21 schale pro gebuchtes Zimmer zahlen. Eine Beteiligung am Getränkeumsatz ist verbreitet.

22 Aufgrund der hohen Mietpreise im Bordell oder einer fehlenden Aufenthaltsgenehmigung weichen viele Dienst-  
23 leister\_innen auf private Wohnungen oder die Straße aus. **Daraus ergibt sich ein Folgeproblem, da baurechtlich**  
24 **ungeklärt ist, ab wann durch einen Vollzug in Wohnungen diese zu einem bordellähnlichen Betrieb werden.**  
25 **Schließlich sind in reinen und allgemeinen Wohngebieten diese Betriebe, wegen des erhöhten Störungspotenti-**  
26 **als nicht zulässig.** Der Vollzug an Straßen geschieht entweder in nahegelegenen Wohnwagen oder im Fahrzeug  
27 der\_des Kundin\_Kunden. Einige Kommunen stellen auch sogenannte „Verrichtungsboxen“ zur Verfügung mit Not-  
28 fallknöpfen, Bewachung oder sanitären Anlagen. Die Gelegenheit sich zu duschen ist oft nicht vorhanden und ge-  
29 rade in der kalten Jahreszeit ist das lange Stehen eine hohe Belastung für die Betroffenen.

30 Auch wenn die meisten Angebote von sexuellen Dienstleistungen auf heterosexuelle Männer zielen, existieren auf  
31 der Escortebene mehrere Anbieter\_innen für Frauen in Deutschland. Reisebüros empfehlen alleinstehenden Frau-  
32 en mittleren Alters zudem Aufenthalte in Jamaika, Kenia oder Indonesien, wo sich Männer Touristinnen am  
33 Strand anbieten. Statt in Geld werden sie oft in Sachleistungen bezahlt. Bordelle für Frauen sind in Deutschland  
34 nicht bekannt. Eine Gründung in Neuseeland scheiterte an der Rekrutierung von Personal in Buchhaltung und  
35 Rechtsvertretung.

36 Die Preise für homosexuelle Männer bei Begleitagenturen liegen unter jenen für heterosexuelle Männer oder  
37 Frauen. Statt auf Bordelle konzentriert sich das Geschäft für und von Männern auf Bars und Clubs, in denen nur  
38 die Infrastruktur von der\_dem Betreiberin\_Betreiber bereitgestellt wird und die Gäste untereinander die Bedin-  
39 gungen ausmachen. Der Markt für homosexuelle Frauen ist noch zu klein, als dass es eigene Anbieter\_innen für  
40 diese Gruppe gibt. In einigen Escortagenturen und Bordellen bieten bisexuelle Dienstleisterinnen sich an.

41 Sexuelles Verlangen ist ein menschliches Bedürfnis. Einige Behinderungen verhindern oder erschweren Menschen  
42 diesem nachzugehen, was zu einer Einschränkung des Wohlbefindens und der Bildung von Aggressionen führen  
43 kann und von Angehörigen oft nicht verstanden wird. In Einrichtungen von betreutem Wohnen kommt es deswe-  
44 gen oft zu Belästigungen des Personals durch die Bewohner\_innen. Neben der finanziellen Hürde und dem Pro-  
45 blem der Ausführung, wenn sich der Wohnsitz dieser Personen im Sperrbezirk befindet, sind Prostituierte oft  
46 überfordert mit der besonderen Situation dieser Menschen. Weiterbildungen zurzum Sexualbegleiterin\_Sexual-  
47 begleiter, die sich auf die sexuellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen spezialisieren, gibt es nur ver-  
48 einzelt.

49 Von ehemaligen Erotikdarsteller\_innen ist bekannt, dass in Deutschland für eine Lesbenszene 200 € und für vagi-  
50 nalen/oralen Verkehr getrennt geschlechtlicher Partner\_innen 400 € (bei zusätzlich anal noch mal 100 € mehr)  
51 bezahlt werden. Frauen beginnen in der Regel mit 22 Jahren und gingen in den 70er Jahren im Durchschnitt 9 Jah-  
52 re (Männer 12 Jahre) dieser Tätigkeit nach und 3 Jahre (Männer 4 Jahre) in den 2000er Jahren. Der Verdienst der

1 Männer in der Branche liegt um einiges unter diesen Sätzen, weshalb sie mehr Arbeitsgelegenheiten wahrneh-  
2 men. Dies wiederum begünstigt den Missbrauch von Potenzmitteln. Es gibt keine Regelungen zur Verwendung  
3 von Kondomen, noch eine Überprüfung der Arbeitsumgebung durch das Gesundheitsamt. Die Darsteller\_innen  
4 sind oft Tagelöhner\_innen und oft noch in anderen Arbeitsgelegenheiten tätig. So bestehen Mischformen in de-  
5 nen Darsteller\_innen Webcams betreiben und Personen für den Geschlechtsverkehr werben, der dann als Film  
6 verkauft wird. Nur einige wenige Darsteller\_innen haben einen Exklusivvertrag mit einer Firma und repräsentie-  
7 ren sie für ca. 2100 € Brutto im Monat in der Öffentlichkeit durch Interviews, Messen o.Ä. Diese kleine Gruppe  
8 prägt auch das Bild dieser Branche und lässt sie insbesondere für junge Frauen attraktiv wirken.

9 Durch die Entdeckung von Penicillin und der Verbreitung von Kondomen ist die Übertragungswahr-  
10 scheinlichkeit und Inzidenz von Geschlechtskrankheiten in Deutschland stark gesunken. Diesen Arbeits-  
11 schutz gilt es bei sexuellen Dienstleistungen ernst zu nehmen. So ermöglicht das Infektionsschutzgesetz  
12 seit 2001 nach §19 eine kostenlose und anonyme Testung auf Geschlechtskrankheiten mit begleitender  
13 Beratung. Insbesondere in pornographischen Filmen kommen neben dem Schutz auch die Auswirkungen  
14 auf die Jugend zum Tragen.

### 15 Integration in das Wirtschaftsleben

16 Obwohl Sozialversicherungen Personen, die sexuelle Dienstleistungen erbringen mit anderen Tätigkeiten aus dem  
17 Gaststättengewerbe unter Tätigkeitsschlüssel 913 einordnen, gestaltet sich die Umsetzung schwierig. So sind Pro-  
18 stituierte nach einer Untersuchung des Bundesfamilienministeriums überdurchschnittlich nicht oder privat kran-  
19 kenversichert und nur 13 % der hauptberuflichen Prostituierten unter ihrer tatsächlichen Beschäftigung versi-  
20 chert. Als Gründe sind hier die fehlende Anonymität und die Angst nicht aufgenommen zu werden genannt. Eine  
21 gesetzliche Versicherung scheidet in der Regel an den fehlenden Vorversicherungszeiten nach § 9 SGB V. In der  
22 privaten Krankenversicherung werden sie entweder als Berufsgruppe ausgeschlossen oder unter Risikozuschlägen  
23 aufgenommen, weswegen Angaben als „Hostess“ oder „Mitarbeiter\_in einer Künstleragentur“ gemacht werden.  
24 Dies bringt jedoch die Unsicherheit einer Kündigung mit sich.

25 Die Hälfte der hauptberuflich Tätigen verfügt zudem über keine Altersvorsorge und von den übrigen betreiben 59  
26 % ausschließlich private Vorsorge. Dies überrascht, da Prostituierte, wenn nicht abhängig beschäftigt als „arbeit-  
27 nehmerähnliche Selbständige“ nach §2 I Nr. 9 SGB VI rentenversicherungspflichtig sind. Obwohl mit dem Wegfall  
28 der Sittenwidrigkeit eine Vermittlung von Arbeitslosen in die Prostitution möglich geworden ist, wird sie von den  
29 Arbeitsagenturen nicht verfolgt und ist nach Gerichtsurteilen bestätigt, da dem Staat keine aktive Förderung der  
30 Prostitution zusteht (SG Speyer 2006, S 10 AL 1020/04). Bei der Aufgabe einer Beschäftigung in der Prostitution  
31 wird dies ohne Prüfung als wichtiger Grund für die Arbeitsaufgabe im Sinne des § 144 Abs.1 SGB III anerkannt,  
32 womit keine Wartezeiten für Leistungen bestehen.

33 Der Bundesrechnungshof schätzte 2003 den Verlust von Steuern im Prostitutionsgewerbe durch Schwarzarbeit  
34 auf 2 Mrd. € und empfahl bei den betroffenen Personen **Pauschalzahlungen** zu erheben. Die Stadt Gelsenkirchen  
35 hat dies als erste über eine Vergnügungssteuer getan, die sich nach der Fläche der Prostitutionsstätten richtet.  
36 Die Stadt Köln unterscheidet hingegen zwischen Straßenprostitution, wo eine Nutzungsgebühr fällig wird, Räum-  
37 lichkeiten, die zum sexuellen Vergnügen zur Verfügung gestellt werden, welche nach Fläche besteuert werden  
38 und sexuellen Angeboten, die pro Prostituierte\_n und Tag besteuert werden. Diese Steuer machte **in sieben Bun-**  
39 **desländern** Schule und reicht heute von 6 bis 30 €“. Die Zahlung soll bei einer Steuererklärung der betreffenden  
40 Person mit der tatsächlichen Steuerschuld verrechnet werden. Allerdings gestaltet sich der Nachweis schwierig,  
41 da keine Rechnungen ausgestellt werden, wodurch die Vorauszahlung oft als tatsächliche Steuerschuld  
42 angenommen wird. **Die Festlegung auf eine Berufsgruppe statt auf eine Person läuft § 162 AO zuwider,**  
43 **sowie § 85 AO hinsichtlich der progressiven Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.** Der Bundesfinanzhof  
44 stellte 2013 klar, dass auch eine Gewerbesteuerpflicht besteht (BFH GrS 1/12), obwohl selbständige Prosti-  
45 tuierte derzeit nicht in allen Bundesländern ein Gewerbe anmelden können. Wenn sie es tun, machen sie ihre  
46 Identität im Gewerberegister öffentlich.

47 Oft werden sexuelle Dienstleistungen in der Öffentlichkeit mit Menschenhandel in Verbindung gebracht. Die Zahl  
48 der erfassten Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist in Deutschland von 926 im  
49 Jahr 2000 auf 640 im Jahr 2011 gesunken. Die größten Opfergruppen bilden die Länder Rumänien (165), Deutsch-  
50 land (139), Bulgarien (98), Ungarn (56), Nigeria (28), Polen (23) und Tschechien (17). 51 Opfer hielten sich illegal in  
51 Deutschland auf. 14 % sind minderjährig. Der Menschenhandel zur Ausbeutung in anderen Tätigkeiten umfasste  
52 32 Personen, wovon 75 % weiblich waren und die Hälfte in der Landwirtschaft beschäftigt war.

1 Jedoch stehen von den 47.749 verfolgten Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland  
2 2011 nur 5,6 % in Verbindung mit sexuellen Dienstleistungen. Davon sind 1539 auf die Verletzung von  
3 Sperrbezirksregelungen, 238 mit Zuhälterei (StGB §180a,§181a,§184a) und 671 mit Menschenhandel  
4 und Förderung der Prostitution(StGB §232,§233a) zuzurechnen. Gleichzeitig sank der Anteil der organi-  
5 sierten Kriminalität nach den Bundeslagebildern 2001/2012 des BKA in Zusammenhang mit dem Nacht-  
6 leben (Ausbeutung von Prostituierten, Zuhälterei, Menschenhandel, illegales Glücksspiel) von 10,1 % (86  
7 Gruppen) im Jahr 2000 auf 3,6 % (21 Gruppen) im Jahr 2011.

8 Zwei Stichproben von zusammen 140 Verfahren (25 Verurteilungen) mit einem Anfangsverdacht Menschenhan-  
9 del im Zeitraum 1999-2002 ergaben, dass 58 Verfahren auf die Betroffenen selbst, jedoch nur 20 auf polizeiliche  
10 Ermittlungen zurückgehen. Polizeirazzien im Rotlichtmilieu decken oft nur Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht  
11 auf. Trotzdem stieg die Zahl der kontrollierten Objekte und Personen in Deutschland bei Razzien im Zeitraum  
12 2005-09 im Vergleich zu 2000-04 jeweils um 300 % auf etwa 4000 Personen jährlich. Zusammen mit Routinekon-  
13 trollen werden jedes Jahr ca. 1/4 aller Prostituierten von der Polizei kontrolliert. Die Zahl der Verurteilten wegen  
14 Zuhälterei ist hingegen von 162 (52 Frauen) im Jahr 2000 auf 30 (5 Frauen) im Jahr 2011 gefallen, die wegen Men-  
15 schenhandel von 148 (34 Frauen) auf 117 (24 Frauen) und Verurteilungen wegen Förderung der Prostitution be-  
16 trugen 2010/2011 zusammen zwei Fälle.

17 Ein Handlungsbedarf lässt sich stattdessen darin ausmachen, dass Bordelle oder bordellähnliche Betriebe als ge-  
18 werbliche Zimmervermietung zwar angezeigt und dem jeweiligen Bebauungsplan entsprechen müssen, aber kei-  
19 ne Erlaubnispflicht besteht, sodass das Gewerbeamt bestimmte Standards nicht überprüfen kann. Eine bloße Auf-  
20 führung unter überwachungsbedürftige Gewerbe nach § 38 GewO, wie von der ehemaligen CDU/CSU/FDP Regie-  
21 rung angestrebt, reicht nicht aus, da die Standards dadurch nicht definiert sind und der Willkür der jeweiligen Be-  
22 hörden bzw. Sachbearbeiter\_innen überlassen bleiben. **In Wien führte ein vergleichbares Vorgehen zum Schlie-  
23 ßen der Mehrheit der Prostitutionsstätten, wodurch Sexarbeiter\_Innen auf andere Städte oder weniger attrak-  
24 tive Arbeitsorte ausweichen mussten.** Eine Bestrafung der Kund\_innen von Menschenhandelsopfern wirkt wie-  
25 derum der Erfassung von Menschenhandel entgegen, da Informant\_innen **und Zeug\_innen** dadurch unter dem Ri-  
26 siko stehen, sich selbst strafbar zu machen. Staatliche Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel sollen nicht  
27 dazu missbraucht werden, Migrant\_innen zu schikanieren, noch sollen Opfer die staatlichen Behörden fürchten,  
28 weil sie unter Zwang Rechtsverletzungen begangen haben oder abgeschoben werden könnten.

29 In Deutschland existieren derzeit 15 Einrichtungen (Berlin, Bremen, Bochum, Dortmund, Frankfurt, Freiburg, Ham-  
30 burg, Hannover, München, Nürnberg), die im Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexar-  
31 beiter e.V. zusammengeschlossen sind. Sie finanzieren sich aus öffentlichen Mitteln und Spenden und sind in frei-  
32 er oder kirchlicher Trägerschaft organisiert. Ihre Mitarbeiter\_innen kommen aus den Bereichen der Sozialpädago-  
33 gik, Rechtswissenschaft, Psychologie und Sprachmittlung. Ihre Aufgaben umfassen die Beratung (Recht, Gesund-  
34 heit, Umstieg), Begleitung zu Ämtern, Vermittlung von Weiterbildungsangeboten/Therapien. Die Projektförde-  
35 rung ist unsicher und regional unterschiedlich.

### 36 Die Idee eines freien Berufes

37 Anbieter\_innen von sexuellen Dienstleistungen melden sich beim Finanzamt als Selbständige für sexuelle Dienst-  
38 leistungen an. Für die Zulassung wird jährlich ein Beitrag von zunächst 50 € an die **nach Landesrecht zuständige**  
39 **Sexarbeitskammer** abgeführt. Bis zu ihrer Konstituierung durch Wahlen wird ihre Funktion vom Bündnis der Fach-  
40 beratungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter e.V (bufas) wahrgenommen. Die Absicherung erfolgt über  
41 die Künstlersozialversicherung, wo bereits heute Zahlungen von Film- und Fotoproduzenten eingehen. Die Infor-  
42 mationen zum Arbeitseinstieg sind in mehreren Sprachen und auch gehörlosen oder blinden Menschen zugäng-  
43 lich zu machen. Die Agenturen/Betriebe haben, bevor sie einer\_einem Anbieterin\_Anbieter die Ausübung gestat-  
44 ten, die Zulassung abzufragen. Es ergeben sich folgende Arbeitsmöglichkeiten:

#### a) Arbeit mit einer Agentur

45 Die\_Der Freiberufler\_in kann mit einer Agentur zusammen arbeiten. Diese übernimmt die Werbung, Vermittlung  
46 und Buchhaltung. Wird eine Person aus der Agenturkartei von einer\_einem Kundin\_Kunden angefragt, wird sie in-  
47 formiert und Ort, Zeit sowie gewünschtes Leistungsspektrum mitgeteilt. Bei der\_dem Kundin\_Kunden bestätigt  
48 sie den Auftrag und stellt eine Rechnung mit der Angabe des Agenturnamens aus. Nach der Dienstleistung wird  
49 der Betrag an die Agentur abgeführt, die ihre Vermittlungsgebühr und Mehrwertsteuer einbehält und die Abga-  
50 ben an die Künstlersozialkasse abführt. Pro Monat ist der\_dem Sexarbeiter\_in ein Nachweis über die erhaltenen  
51 Honorare mitzugeben. Es steht den Agenturen frei sich auf spezielle Dienste zu spezialisieren etwa Escortservice,

1 Nacktfotographie, Pornographie, Sexualbegleitung o. Ä. Für ausländischen Dienstleister\_innen, die oft auf der  
2 Durchreise sind, sollen auch Prostitutionsstätten, Gästewohnungen und Dolmetscher\_innen vermittelt werden.

### **b) Arbeit als Subunternehmer\_in**

3 Ein\_e Unternehmer\_in beantragt eine Prostitutionsstätte beim Gewerbeamt. Bei Erlaubnis werden Per-  
4 sonen für den Betrieb (z.B. Reinigung, Getränkeausschank, Tanz, Sauna, Musik, Buchhaltung, Sprachmitt-  
5 lung, Sicherheit o. Ä.) angestellt. Freiberufliche Sexarbeiter\_innen (Subunternehmer\_innen) nutzen den  
6 Betrieb zur Anbahnung von möglichen Kund\_innen. Nach Aushandlung der Leistungen wird ein Zimmer  
7 gebucht und im Voraus bezahlt. Von diesem Geld behält der Betrieb einen festen Zimmerpreis ein. Leis-  
8 tungen an Sozialversicherungen sind so dokumentiert und Einkommen kann nachgewiesen werden. Pro  
9 Monat ist der\_dem Sexarbeiter\_in ein Nachweis über erhaltene Honorare mitzugeben. Prostitutionsstät-  
10 ten können so transparent verglichen werden.

### **c) Arbeit als Sexualbegleiter\_in**

11 Nach der Ausbildung zur\_zum „Sexualbegleiter\_in“ bei einem staatlich anerkannten Träger, ist die Person  
12 freiberuflich tätig und kann persönlich oder über eine Agentur gebucht werden. Es werden Vergütungs-  
13 sätze festgesetzt, die zwischen 80 und 120 € pro Stunde plus Anfahrtskosten liegen. Die Leistung wird für  
14 sechs stündliche Sitzungen pro Jahr für Menschen, die eine anerkannte (MDK) Einschränkung haben ihre  
15 sexuellen Grundbedürfnisse ohne Unterstützung zu decken, in den Leistungskatalog der gesetzlichen  
16 Krankenversicherungen übernommen. Für Personen mit Vormund beantragt diese oder eine von ihm be-  
17 auftrage Einrichtung die Leistung. Über die Zulassung als freiberufliche\_r Sexualbegleiter\_in ist der\_dem  
18 Kundin\_Kunden bzw. Vormund oder Stellvertreter\_innen Auskunft zu geben. Es werden Rechnungen an  
19 die Krankenkassen ausgestellt.

### **d) Arbeit von Zuhause**

20 Zuletzt bleibt die Möglichkeit, selbständig zu Hause Kund\_innen zu empfangen, zu besuchen oder einen  
21 Straßenstrich zu nutzen. Diese Tätigkeit soll nicht erlaubnispflichtig sein, da sie freiberuflich ist, sofern  
22 nicht mehr fünf Personen zusammen arbeiten. Über die Einnahmen ist Buch zu führen. Über die Zulas-  
23 sung als freiberufliche Anbieter\_in sexueller Dienstleistungen ist der\_dem Kundin\_Kunden Auskunft zu  
24 geben.

## **25 Forderungen**

### **26 1. Diskriminierungen aufheben:**

27 Streichung § 232 Abs.1 Satz 2 StGB (Verbot Förderung Prostitution 18 - 20 Jähriger)

28 Neufassung §120 OWiG (Verbotene Ausübung der Prostitution, Werbung für Prostitution):

29 *„(1) Ordnungswidrig handelt, wer*

30 *1. einem durch Rechtsverordnung erlassenen Verbot nach Art. 297 EGStGB zuwiderhandelt oder*

31 *2. Prostitutionsstätten in einer Art, die eine krasse Belästigung für die Allgemeinheit darstellt*  
32 *kennzeichnet oder beleuchtet.*

33 *3. In grob anstößiger Weise Werbung für Prostitution an öffentlichen oder öffentlich einsehbaren*  
34 *Orten macht.*

35 *(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.“*

36 Streichung § 104 StPo „oder der Prostitution“ (unbeschränkte Durchsuchungen der Polizei)

37 Streichung §184f StGB (sittliche Gefährdung der Jugend durch Prostitution)

38 Streichung der Identifikations- und Durchsuchungsermächtigungen der Polizei in den Landespolizeigeset-  
39 zen bezüglich der Prostitution z.B. in Bayern §13(1) b) und §23 (3) Punkt 2 PAG

40 Neufassung §297 EGStGB in:

41 *„(1)Die Landesregierung kann durch Verordnung ermächtigen die Anbahnung und die Ausübung*  
42 *der Prostitution im Gemeindegebiet oder in Teilen des Gemeindegebietes für einen Zeitraum von*  
43 *höchstens drei Jahren untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Prostitu-*

1 tion dort zu Missständen führt, insbesondere berechtigte Interessen der Öffentlichkeit, der An-  
2 wohner, sowie im Hinblick auf Schutzobjekte oder schwerwiegende Sicherheitsinteressen der Pro-  
3 stituierten verletzt. Die Geltungsdauer der Verordnung kann verlängert werden, wenn Gründe für  
4 die Annahme vorliegen, dass sich die Missstände bei Wegfall der Verordnung wiederholen wür-  
5 den.

6 (2) Verboten sind

7 1. die auffällige Kennzeichnung oder Beleuchtung von Prostitutionsstätten zur Ankündigung von  
8 Prostitutionsstätten;

9 (3) Straßenprostitution ist die Anbahnung von Prostitution an einem öffentlichen Ort außerhalb  
10 von geschlossenen Räumen. Sie ist zulässig, sofern Abs. 4 nichts anderes bestimmt.

11 (4) Die Straßenprostitution ist unzulässig

12 a) innerhalb von Wohngebieten;

13 b) auf Flächen, die als Friedhöfe, Kleingartengebiete oder Haltestellenbereiche öffentlicher Ver-  
14 kehrsmittel verwendet werden;

15 c) im Bereich einer Beschränkung gemäß § 33 Abs. 2 der Gewerbeordnung.

16 (5) Die Behörde kann durch Verordnung Ausnahmen von den Verboten des Abs. 4 bestimmen (Er-  
17 laubniszonen für Straßenprostitution), sofern dadurch berechtigte Interessen der Öffentlichkeit  
18 oder der Bewohner\_innen und Bewohner, insbesondere auch im Hinblick auf Schutzobjekte sowie  
19 schwerwiegende Sicherheitsinteressen der Prostituierten nicht verletzt werden.

20 (6) Außerhalb gemäß dieser Vorschrift erlaubten Bereiche für Straßenprostitution sowie in Prosti-  
21 tutionsstätten deren Betrieb unzulässig ist, dürfen Kundinnen und Kunden mit Personen, die Pro-  
22 stitution anbahnen oder ausüben, zum Zweck der Inanspruchnahme von Dienstleistungen keinen  
23 Kontakt aufnehmen. Die Kontaktaufnahme über Telefon, E-Mail oder sonstige Kommunikations-  
24 medien wird hiervon nicht erfasst.“

25 Streichung § 184e StGB (Verletzung von Sperrbezirk/Sperrzeitverordnung)

26 Streichung § 55 Abs. 2 Nr. 3 AufenthG (Ausweisung wegen Gewerbsunzucht)

27 Aufnahme von sechs Sitzungen pro Jahr mit einer\_einem Sexualbegleiter\_in in den Leistungskatalog der  
28 gesetzlichen Krankenkassen bei Menschen mit anerkannten Hemmnissen, ihre sexuellen Bedürfnisse zu  
29 decken

30 Einfügung § 6 BauNVO (Mischgebiet): Abs. 2 Nr. 9 „Prostitutionsstätten in Teilen des Gebietes die über-  
31 wiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind.“

32 Einfügung § 7 BauNVO (Kerngebiet): Abs. 2 Nr. 8 „Prostitutionsstätten“

33 Einfügung § 8 BauNVO (Gewerbegebiet): Abs. 2 Nr. 5 „Prostitutionsstätten“

34 Einfügung § 13 BauNVO Diese Vorschrift gilt für Prostitution nur, wenn keine in Wohngebieten unzulässi-  
35 gen Emissionen auftreten.

36 Einfügung § 1 AGG „der Berufswahl“

## 37 2. Sicherheit gewährleisten:

38 Einführung der Kondompflicht in pornographischen Filmen, deren Drehort in Deutschland liegt, in alle Hygiene-  
39 verordnungen der Bundesländer. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen erfolgt über das jeweilige Gesundheits-  
40 amt.

41 Einfügung §36 ISFG (Einhaltung der Infektionshygiene) Punkt 8 „Drehorte pornographischer Filme“

42 Neufassung § 33 GewO: Betreiben von Prostitutionsstätten:

43 „(1) Wer eine Prostitutionsstätte betreibt oder sonst gewerbsmäßig Personen die Gelegenheit  
44 gibt, in von ihm zur Verfügung gestellten Räumen der Prostitution nachzugehen bedarf der Er-  
45 laubnis der zuständigen Behörde.

- 1 (1a) Eine Prostitutionsstätte ist ein Betrieb, der eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt:
- 2 a) In dem Betrieb halten sich mehr als 5 Personen auf, bei denen auf Grund ihres äußeren Erschei-
- 3 nungsbildes (Bekleidung, Auftreten, Gesten) angenommen werden kann, dass sie in den Räum-
- 4 lichkeiten des Betriebes Prostitution anbahnen oder ausüben.
- 5 b) Von dem Betrieb kann auf Grund sonstiger Umstände, wie etwa der Ausstattung mit separier-
- 6 ten Räumlichkeiten, der Vorführung von Sexfilmen in solchen, angenommen werden, dass er auch
- 7 der Anbahnung oder Ausübung der Prostitution von mehr als 5 dienen soll.
- 8 (2) Die Erlaubnis kann nur erteilt werden, wenn alle nachstehenden Voraussetzungen erfüllt
- 9 werden:
- 10 1. Der beantragte Standort befindet sich nicht in einem Gebiet, das im Flächennutzungs- bzw. Be-
- 11 bauungsplan als Reines oder Allgemeines Wohngebiet oder Dorfgebiet ausgewiesen ist.
- 12 2. Kein Verbot gemäß Art. 297 EGStGB vorliegt.
- 13 3. Im Umkreis von 300m um den beantragten Standort sich keine der folgenden Einrichtungen be-
- 14 findet:
- 15 a) Schulen, Kindergärten;
- 16 b) Jugendzentren, Jugendtreffpunkte;
- 17 c) Heime für Kinder oder Jugendliche;
- 18 d) öffentliche Kinderspielplätze;
- 19 e) Sportstätten;
- 20 f) Gebäude, die religiösen Zwecken gewidmet sind sowie Friedhöfe und Krematorien;
- 21 h) Krankenanstalten, Erholungsheime;
- 22 4. Der beantragte Standort lässt im Hinblick auf die Umgebung oder den Charakter der Gemeinde
- 23 erwarten, dass durch den Betrieb einschließlich der Zu- und Abfahrten während der Betriebszeiten
- 24 keine das örtliche Gemeinschaftsleben in der Nachbarschaft oder in der Gemeinde störenden
- 25 Missstände (insbesondere ordnungsrechtlicher oder hygienischer Art oder in Bezug auf den Tou-
- 26 rismus) entstehen.
- 27 5. Das Gebäude, in dem das Bordell betrieben werden soll, dient keinen anderen Zwecken als dem
- 28 beantragten. Diese Voraussetzung ist auch dann erfüllt, wenn in dem Gebäude zwar Wohnungen
- 29 bestehen, diese aber ausschließlich von Personen bewohnt werden, die
- 30 a) in der Prostitutionsstätte der Prostitution nachgehen;
- 31 b) die Prostitutionsstätte selbst betreiben oder
- 32 c) als Stellvertreter oder verantwortliche Person benannt worden sind.
- 33 6. Die sanitäre Ausstattung des Gebäudes entspricht den hygienischen Anforderungen.
- 34 7. Gebäude oder Gebäudeteile dürfen zur Ausübung der Prostitution als Prostitutionsstätte nur
- 35 verwendet werden, wenn sie einen unmittelbaren und gesonderten Zugang zur öffentlichen Flä-
- 36 che aufweisen; sie so ausgestaltet sind, dass der Schutz von Jugendlichen gewahrt bleibt und Be-
- 37 wohnerinnen und Bewohner keinen unzumutbaren Belästigungen ausgesetzt sind. Dies gilt insbe-
- 38 sondere für die Gestaltung der Kennzeichnung als Prostitutionslokal sowie jener Bereiche des Ge-
- 39 bäudes, die für Anwohner einsehbar sind.
- 40 (3) Die Erlaubnis ist für eine bestimmte Betriebsart und für bestimmte Räume zu erteilen. Die Be-
- 41 tribsart ist in der Erlaubnisurkunde zu bezeichnen; sie bestimmt sich nach der Art und Weise der
- 42 Betriebsgestaltung, insbesondere nach den Betriebszeiten.
- 43 (4) Der Erlaubnisinhaber oder die Erlaubnisinhaberin ist für die Einhaltung der Bestimmungen die-
- 44 ses Gesetzes, der Anordnungen des Erlaubnisbescheides sowie der maßgeblichen ordnungsrechtli-
- 45 chen, hygienischen und ausländerrechtlichen Bestimmungen die Personen betreffen, die in dem

- 1 *Prostitutionsstätte die Prostitution ausüben, verantwortlich.*
- 2 *(5) Der Inhaber einer Prostitutionsstättenerlaubnis ist verpflichtet während der Betriebszeiten*  
3 *persönlich anwesend zu sein und im Falle seiner Abwesenheit dafür zu sorgen, dass ein verant-*  
4 *wortlicher Vertreter persönlich anwesend ist,*
- 5 *(6) Arbeitsräume sind mit Notrufsystem ausgestattet, hinreichend belüftet und beleuchtet sowie*  
6 *mit ausreichender Raumtemperatur, feucht zu reinigendem Bodenbelag und hinreichend Kondom-*  
7 *men auszustatten.*
- 8 *(7) Im Falle von Mischnutzungen sind die Arbeits- und Wohnräume räumlich von einander zu tren-*  
9 *nen. Es bestehen abschließbare Kleiderschränke, ausreichendes Sicherheitspersonal sowie Gefah-*  
10 *renhinweisschilder.*
- 11 *(8) Der Inhaber oder die Inhaberin der Prostitutionsstättenerlaubnis und die verantwortliche Per-*  
12 *son haben den Organen der zuständigen Behörde während der Öffnungszeiten Zutritt auf Grund-*  
13 *stücke und in Gebäude und alle ihre Teile, auf die sich die Prostitutionsstättebewilligung erstreckt,*  
14 *zu gewähren und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.*
- 15 *(9) Liegt der begründete Verdacht vor, dass entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Prosti-*  
16 *tution angebahnt oder ausgeübt oder eine Prostitutionsstätte betrieben wird, so ist der Behörde*  
17 *und den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes jederzeit der Zutritt auf Grundstücke, zu*  
18 *Gebäuden, Containern, Fahrzeugen und allen ihren Teilen, in denen die rechtswidrige Anbahnung*  
19 *oder Ausübung der Prostitution mit Grund vermutet wird, zu gewähren.*
- 20 *Amtshandlungen der zuständigen Behörde sind unter Vermeidung unnötigen Aufsehens sowie mit*  
21 *möglicher Schonung des Rufes der Betroffenen vorzunehmen. Auf Verlangen ist diesen binnen*  
22 *24 Stunden eine Bescheinigung über die Vornahme der Amtshandlung und deren Gründen auszu-*  
23 *stellen. Dieses Gesetz schränkt insoweit Art. 13 GG ein.*
- 24 *(10) Die Erlaubnis ist zu widerrufen, wenn*
- 25 *1. auch nur eine der Voraussetzungen gemäß den § 33 GewO nicht mehr gegeben ist.*  
26 *2. beim Betrieb gegen die Erlaubnis nach § 33 GewO verstoßen wird;*  
27 *3. Eine nachträgliche Ansiedelung einer der genannten Einrichtungen führt dabei nicht zum Erlö-*  
28 *schen oder zur Aufhebung einer bestehenden Erlaubnis,*
- 29 *(11) Über die Erteilung der Erlaubnis ist innerhalb von 12 Wochen zu entscheiden*
- 30 *(12) Diese Anforderungen sind von neuen Prostitutionsstätten zu gewährleisten, bereits bestehen-*  
31 *de haben sie innerhalb von 5 Jahren zu erfüllen.“*
- 32 *Einfügung § 38 GewO (überwachungsbedürftige Gewerbe) Abs 1 Punkt 7 „Vermittlung sexueller Dienst-*  
33 *leistungen“*
- 34 **Neufassung § 39 GewO:**
- 35 ***„Die nach §33 erforderliche Zuverlässigkeit ist bei einer Person nicht gegeben, wenn***
- 36 *1. Tatsachen, insbesondere sein bisheriges Verhalten die Annahme rechtfertigt, dass er von der*  
37 *Erlaubnis in einer diesem Gesetz widersprechenden Art und Weise Gebrauch machen wird,*
- 38 *2. Die wegen eines Verbrechens oder sonst wegen einer mit Vorsatz begangenen strafbaren*  
39 *Handlung gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, gegen fremdes Vermögen oder gegen oder*  
40 *wegen einer gemeingefährlichen strafbaren Handlung oder wegen eines Vergehens nach Betäu-*  
41 *bungsmittel- oder dem Waffengesetz rechtskräftig verurteilt worden ist;*  
42 *wegen schwerwiegender Verstöße insbesondere gegen gewerberechtliche, sozialversicherungs-*  
43 *rechtliche, sicherheitspolizeiliche oder ausländerrechtliche Rechtsvorschriften rechtskräftig verur-*  
44 *teilt worden sind.*
- 45 *3. Die mehr als zweimal wegen eines Verstoßes gegen die GewO, das ProstG oder vergleichbarer*  
46 *Gesetze anderer Länder oder Staaten rechtskräftig verurteilt worden ist.*



1 4. Die alkohol- oder suchtkrank, psychisch krank oder geistesschwach ist und deshalb die Anforde-  
2 rungen der Nr. 1 nicht erfüllen wird.

3 Änderung § 25 Absatz 4 AufenthG dahingehend, dass Opfer von Menschenhandel in Deutschland  
4 ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht gewährt wird, unabhängig von ihrer Bereitschaft vor Gericht  
5 auszusagen. Ihnen soll Entschädigung gewährt werden. Für eine Übergangszeit sollen sie medizi-  
6 nische Versorgung, finanzielle Unterstützung, Dolmetscher\_innendienste und kostenlosen rechtli-  
7 chen Beistand erhalten. Eine Straffreiheit bei Delikten in Zusammenhang mit ihrer Abhängigkeits-  
8 beziehung soll erfolgen sowie ein Zeugenverweigerungsrecht für sie betreuende Personen.“

### 9 3. Freien Beruf einführen:

10 Einfügung „sexuelle Dienstleister“ in § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG

11 Einfügung „sexuelle Dienstleister“ in § 6 GewO Abs 1 (Nichtanwendbarkeit)

12 Einfügung §1 KSVG „Sexuelle Dienstleister“

13 Einfügung §1 KSVG Punkt 3 „In Zusammenhang mit der sexuellen Dienstleistung nicht abhängig beschäf-  
14 tigt sind“

15 Einfügen §2 KSVG „Sexueller Dienstleister im Sinne dieses Gesetzes ist, wer in pornographischen Filmen  
16 mitwirkt, sich als Begleiter, in Prostitutionsstätten, wie Bordellen, Saunaclubs und erotischen Massagesa-  
17 lons, in privaten Wohnungen oder auf der Straße prostituiert oder Sexualbegleitung bei Menschen mit  
18 Behinderungen anbietet

19 Einfügung §24 Punkt 10 KSVG „Prostitutionsstätten, wie Bordelle, Saunaclubs oder erotische Massagesa-  
20 lons sowie Vermittlungsagenturen sexueller Dienstleistungen.“

21 Einfügung §4 ProstG „Selbständige Anbieter sexueller Dienstleistungen sind in der **jeweils nach Landesrecht zu-**  
22 **ständigen Sexarbeitskammer** organisiert. Diese nimmt die Außenvertretung ihrer Mitglieder wahr, entscheidet  
23 über Beiträge sowie über die Einrichtung, Aufgaben und Ausstattung von Beratungsstellen. Die Kammer legt Stan-  
24 dards für Ausbildungsberufe in der Sexarbeit fest. Sie kann Anforderungen für Vermittlungsagenturen sexueller  
25 Dienstleistungen sowie für die Zulassung **freiberuflicher** sexueller Dienstleister treffen. **Diese bedürfen der Vorla-**  
26 **ge an die Rechtsaufsichtsbehörde.** Prostitutionsstätten und Vermittlungsagenturen sexueller Dienstleistungen  
27 haben die Mitgliedschaft in der Sexarbeitskammer abzufragen bevor sie **freiberuflichen** sexuellen Dienstleistern  
28 die Ausübung gestatten. **Die Abfrage ist schriftlich zu dokumentieren“**

29 Einfügung § 5 ProstG „Die Ausübung sexueller Dienstleistungen durch offenkundig schwangere Personen  
30 ist verboten.“

31 Einstellung der Steuervorauszahlungen von Prostituierten, wie sie derzeit in sieben Bundesländern  
32 durchgeführt werden.

### Antragsbereich B - Bildung

#### Antragsnummer: B3

Antragsteller: Unterbezirk Bayreuth

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

### **„Notwendigkeit der Beförderung“ im Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs Reformieren!**

33 In Artikel drei des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs ist zu lesen:

34 „Eine Beförderung durch öffentliche oder private Verkehrsmittel ist notwendig, wenn der Schulweg in ei-  
35 ner Richtung mehr als drei Kilometer beträgt und die Zurücklegung des Schulwegs auf andere Weise  
36 nach den örtlichen Gegebenheiten und nach allgemeiner Verkehrsauffassung nicht zumutbar ist.“

37 Wir halten dies weder für gerecht, noch sinnvoll. Ein Anspruch, welcher erst ab einer Entfernung von drei  
38 Kilometern beginnt, ist absolut willkürlich gewählt und widerspricht der Lebensrealität vollkommen. Fol-

1 ge dieser Formulierung ist bspw., dass Tickets für den Nahverkehr zum Transport in die Schule bei jmd.,  
2 welcher in der einen Straße wohnt gezahlt werden, derjenige, welcher in der nächsten Straße knapp un-  
3 ter dieser Grenze lebt muss selber hierfür aufkommen. Jugendliche aber müssen mobil sein, dies gilt  
4 nicht nur für die Schule. Oft gelten diese Tickets für einen ganzen Verkehrsraum im Stadtgebiet oder  
5 Landkreis und verhelfen auch Hobbys verwirklichen zu können. So muss derjenige, welcher innerhalb ei-  
6 nes solchen Radius von drei Kilometern wohnt für die nachmittägliche Fahrt ins Schwimmbad zahlen, der  
7 andere, welcher außerhalb davon lebt nicht.

8 Wir fordern deswegen diesen Absatz des Gesetzes neu zu formulieren! Beförderung Jugendlicher ist not-  
9 wendig, immer und überall!

## **Antragsbereich G – Gesundheit und Pflege**

### **Antragsnummer: G1**

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD

Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

### **Herausforderung Altenpflege**

10 Auf Grund der demografischen Entwicklung wird das Thema Pflege stets wichtiger. Die meisten Men-  
11 schen werden immer älter und pflegebedürftiger. Der Arbeitsmarkt steht vor einer riesigen Herausforde-  
12 rung wegen dem bereits eingetroffenen Pflegenotstand.

13 Der Pflegeberuf muss daher attraktiver gestaltet werden. Es ist harte Arbeit, die die PflegerInnen täglich  
14 verrichten müssen. Sie kommen mit starkem Geruch und Fäkalien in Kontakt, die teilweise krankheitser-  
15 regende Viren und Bakterien beinhalten. Für den Körper, insbesondere die Wirbelsäule, sind die Tätigkei-  
16 ten sehr belastend. Auch psychisch muss einE PflegerIn standhaft sein. Denn schwere Krankheiten,  
17 Schicksale und Todesfälle gehören zum Alltag. Dieser Beruf gehört gerecht entlohnt und auch öffentlich  
18 stärker gewürdigt.

19 Auch die Ausbildung muss verbessert werden. An einigen Ausbildungseinrichtungen, müssen die Auszu-  
20 bildenden Schulgeld zahlen. Wir fordern, dass Schulgelder in der Altenpflegeausbildung ausnahmslos  
21 verboten werden.

22 Die Pflege stellt die Einrichtungen und deren TrägerInnen ebenfalls vor Herausforderungen. Betriebswirt-  
23 schaftliche Vorgaben müssen mit menschlichen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen in Vereinbarung ge-  
24 bracht werden. Das ist selten möglich. Kuriose Auswüchse, wie die „Abrechnung nach Minuten“ sind die  
25 Auswirkungen. Hier wird festgeschrieben, welche Pfl egetätigkeit wie lange dauern darf. Hierbei wird ver-  
26 gessen, dass zur Pflege mehr gehört als nur die körperlichen Handlungen. Pflegebedürftige sind auch  
27 Menschen. Es gilt auch deren Psyche zu pflegen, das heißt mit ihnen menschlich umzugehen. Sie wollen  
28 Unterhaltung und Teilhabe am Heimleben.

29 Desweiteren muss der Pflegeschlüssel einer Station im Alten-/ Pflegeheim stark angehoben werden, dass  
30 es den MitarbeiterInnen möglich ist, um den BewohnerInnen die individuelle Pflege geben zu können,  
31 die sie benötigten. Aktuell gleicht die Grund- und Behandlungspflege in Einrichtungen für Senioren und  
32 pflegebedürftigen Menschen eher die von Akkordarbeit. Zu einer angemessenen Versorgung gehört  
33 auch die hygienische Arbeitsweise, die unter dem starken Zeitdruck oft zu leiden hat. Multiresistente Kei-  
34 me sind nicht nur im Krankenhaus zu Hause. Eine unangemessene Hygiene führt zur Verbreitung dieser  
35 Keime, was den BewohnerInnen wieder zum Schaden kommt.

36 Die aktuelle Situation auf dem Markt ist, dass von den mehr als 9000 bestehenden Pflegeheimen ca. 36  
37 % private Träger sind. Etwa 56 % sind freigemeinnützige Anbieter und demnach sind weniger als 8 % der  
38 Pflegeheime öffentlich organisiert.

39 Wir sind der Auffassung, dass die meisten privaten TrägerInnen diese Aufgabe nicht erfüllen können. Sie

1 sind den Regeln des kapitalistischen Marktes zu sehr unterworfen. Daher fordern wir eine Kommunalisie-  
2 rung der Pflegeeinrichtungen. Insbesondere die Altenpflege wird Pflichtaufgabe der Kommunen. Dies  
3 werden dann nur noch kostendeckend arbeiten müssen und nicht mehr profitorientiert. Pflege gehört  
4 zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Nur eine durch den Staat gestützte Pflegelandschaft kann von den Ge-  
5 setzen des Kapitalismus befreit werden und eine menschliche Pflege ermöglichen.

6 Auch im Alter hat man ein Recht auf Privatsphäre. Daher fordern wir, dass jede\_r ein Recht auf ein vom  
7 Sozialwesen getragenes Einzelzimmer im Pflegeheim haben muss und diese Leistung nicht abhängig vom  
8 Geldbeutel sein darf.

9 Fast jeder Mensch wird alt. Man sollte sich immer bewusst sein, dass man selbst einmal auf eine Pflege-  
10 einrichtung angewiesen sein kann. Daher sollte man diese so gestalten, dass man sich selbst in dieser  
11 wohl fühlen kann.

### **Antragsnummer: G2**

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, Parteikonvent

### **Antibiotika und Impfstoffe für die Welt**

12 Mit der Erfindung von Penicillin und nachfolgender Antibiotika und Impfstoffe im letzten Jahrhundert  
13 konnten viele Infektionskrankheiten bekämpft oder vorgebeugt werden. Die Lebenserwartung erreichte  
14 in Folge des epidemiologische Übergangs, der die lebensgefährlichen Erkrankungen in höhere Alters-  
15 gruppen schob, eine nie da gewesene Höhe. Eine Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Ver-  
16 sorgung (ZI) zeigt, dass 2010 insbesondere Kinder (39 %) und Ältere (56% bei über 90 Jährigen) Antibioti-  
17 ka verschrieben bekommen. Davon in 53 % der Fälle durch Allgemeinmediziner. Ebenfalls bestehen zwi-  
18 schen den Regionen in Deutschland hohe Ungleichgewichte, was das verschreiben von Antibiotika an-  
19 geht. So wurden im Saarland 30,6 % aller Menschen über 15 Jahren Antibiotika verordnet, in Branden-  
20 burg nur 20,6 %.

21 Mit der Zeit entwickeln Bakterien jedoch Resistenzen gegen bestimmte Antibiotika. Dies erfolgt einer-  
22 seits als evolutionäre Anpassung von Bakterien, die jedoch begünstigt ist, durch die Verwendung von un-  
23 zutreffend verschriebenen Antibiotika am Menschen, unverhältnismäßigen hohen Einsatz in der konven-  
24 tionellen Tierhaltung und mangelnder Krankenhaushygiene.

25 Die Entwicklung neuer Antibiotika stockt hingegen. So sanken die durch die FDA zugelassenen Mittel von  
26 16 im Zeitraum 1983-87 auf 5 im Zeitraum 2003-07 in den USA. Nur fünf Pharmaunternehmen (GlaxoS-  
27 mithKline, Novartis, AstraZeneca, Merck, and Pfizer) weltweit unterhalten noch antibiotische Forschung.  
28 Die Forschung an gram-negativen Bakterien findet ausschließlich in Japan statt. Dies führt dazu, dass auf  
29 Wirkstoffe mit hohen Nebenwirkungen wie etwa Colistin zurückgegriffen wird, um Menschen, die an  
30 multiresistenten Bakterieninfektionen leiden, zu helfen.<sup>1</sup> Ein Marktversagen liegt deswegen vor, da  
31 kaum Gewinn aus der Herstellung von Antibiotika oder Impfstoffen geschlagen werden kann, schließlich  
32 heilen sie Krankheiten oder verhindern überhaupt eine Erkrankung. Eine Ausgabe von Projektgeldern für  
33 bestimmte Probleme ist zu unflexibel, um auf Resistenzen oder Lieferengpässe einzugehen. Dänemark  
34 betreibt seit 1996 ein Monitoring über Antibiotikaresistenten, was ihren Einsatz bisher um 60 % gesenkt  
35 hat. Gleichzeitig sind Antibiotika der Fluorchinolone und Cephalosporine Reihe seit 2003 bzw. 2010 Men-  
36 schen vorbehalten.<sup>2</sup> Eine Datenerhebung über den Einsatz wird in Deutschland erst ab 1.4. durch das  
37 Arzneimittelgesetz vorgeschrieben. Auch dürfen Tierärzt\*innen derzeit gleichzeitig die Medikamente die  
38 sie verordnen auch verkaufen. Dieses Dispersionsrecht steht im Konflikt mit einem sparsamen Umgang  
39 mit Antibiotika.

40 Insbesondere Menschen die mit Masttieren, deren Abgasen oder deren Gülle in Kontakt treten also Tier-  
41 halter\*innen und Tierärzt\*innen tragen aufgrund des präventiven Einsatzes von Antibiotika in der Tier-

1 Haltung ein hohes Risiko, von multiresistenten Keimen befallen zu werden. Ein Ausbleiben neuer Antibio-  
2 tika wird gerade in dieser Gruppe zu vielen Todesfällen führen. Wird eine Person dieser Gruppe in ein  
3 Krankenhaus eingeliefert, so besteht die Gefahr, dass die Keime auf anderen  
4 Patient\*innen/Mitarbeiter\*innen übertreten und so den Aufenthalt dort für diese gefährlicher machen,  
5 sofern nicht wie in den Niederlanden, ein Aufnahmescreening erfolgt. Die deutsche Gesellschaft für Kran-  
6 kenhaushygiene schätzt die Zahl der Todesfälle durch Krankenhausinfektionen auf 30.000 pro Jahr.

7 Zudem haben Studien gezeigt, in welchem gigantischen Umfang Antibiotika in der Massentierhaltung ein-  
8 gesetzt werden. Geflügeltiere beispielsweise werden geradezu mit Antibiotikum vollgepumpt, um die un-  
9 natürliche Aufzucht auf engstem Raum zu überleben, sie werden durchschnittlich jeden vierten Tag ihres  
10 kurzen Lebens mit Antibiotika gefüttert.

11 Die deshalb in einem großen Teil der Tiere nachgewiesenen multiresistenten Bakterien werden dann  
12 durch den Verzehr von Fleisch auf den Menschen übertragen und können zu komplexen Resistenzen füh-  
13 ren.

#### 14 **Forderungen:**

- 15 • Präventive Testung auf multiresistente Keime im Untersuchungsbereich eines  
16 Krankenhauses (Aufnahmescreening). Separate Unterbringung von Patient\*innen mit positivem  
17 Befund innerhalb des Krankenhauses
- 18 • Fortbildung von Allgemeinmediziner\*innen für zielgerichtete Verschreibung von Antibiotika
- 19 • Reduzierter Antibiotikaeinsatz in Landwirtschaft durch Monitoring
- 20 • Abschaffung Dispensierrecht bei Tierärzt\*innen
- 21 • Einsatzverbot von Antibiotika der Fluorchinolone- und Cephalosporine-Reihe bei Tieren.
- 22 • Auflage eines bundesweiten Hygieneprogramms für Krankenhäuser, sowie Etablierung von Hygiene-  
23 kontrollen, Kleiderordnungen und Hinweisen zur Reduzierung krankenhausspezifischer Anste-  
24 ckungen
- 25 • Einrichtung von verpflichtenden Desinfektionsstellen im Eingangsbereich für Besucher\*innen
- 26 • Gründung eines bundeseigenen pharmakologischen Instituts zur Entwicklung und Herstellung  
27 von Antibiotika und Impfstoffen. Die Herstellung soll kostendeckend erfolgen, die Forschung mit  
28 mindestens 100 Mio. € aus dem Bundeshaushalt zum Nutzen der Menschheit finanziert werden.  
29 Sie soll auf bestehende Resistenzen reagieren und sich entwickelnde Resistenzen antizipieren.
- 30 • Eindämmung der Massentierhaltung sowie Verbot des übermäßigen Einsatzes von Antibiotikum  
31 in der Tierhaltung

#### **Antragsbereich L – Landwirtschaft**

##### **Antragsnummer: L1**

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, Parteikonvent

#### **Auf Phosphormangel vorbereiten**

32 Die Weltbevölkerung wächst und wird dies voraussichtlich noch bis ca. 2040 tun. Zudem steigt der Wohl-  
33 stand und damit auch die Anforderungen an Nahrung, was bei begrenzten Flächen einen Einsatz von  
34 Düngern unabdingbar macht.

35 Pflanzendünger besteht aus Ammoniak, Phosphor und Mineralsalzen. Während Ammoniak industriell ge-  
36 fertigt werden kann und Mineralsalze wie Kalium, Calcium oder Magnesium aus Meerwasser oder Salz-  
37 stöcken gewonnen werden können, ist die Förderung von Phosphor, aufgrund seiner hohen Reaktivität  
38 mit Sauerstoff, schwieriger. Zudem ist er begrenzt. Fast die gesamten weltweiten Vorkommen verteilen

1 sich auf Marokko, China, Jordanien, Südafrika und die USA. Obwohl letztere über 10 % der Weltvorkom-  
2 men verfügen und zugleich größter Produzent von Phosphor, sind sie seit 2007 zu einem Importeur ge-  
3 worden. Zudem steigen bei fortschreitendem Lagerstättenabbau die Schadstoffgehalte der Schwermetall-  
4 le von Uran und Cadmium im Phosphat in den abgebauten Erzen stetig an, was eine Beeinträchtigung  
5 der Bodenqualität bei der Düngung mit sich bringt. Der Großteil des verwendeten Phosphors aus der  
6 Landwirtschaft, ca. 102.530 Tonnen<sup>2</sup>, gelangt zudem ins Grundwasser, was die Qualität von Trinkwasser  
7 beeinträchtigt und höhere Kosten für Verbraucher\*innen verursacht. Nach der Landwirtschaftskammer  
8 Niedersachsen entstehen allein in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg 7,4 Millionen Tonnen Gülle  
9 aus der Tierhaltung, was den dortigen Bedarf für Nutzpflanzen um mehr als das Doppelte übersteigt.  
10 Von dort gelangt es in Oberflächengewässer, trägt dort zum Algenwachstum bei oder fließt über Flüsse  
11 ins Meer.

12 Der Mensch braucht täglich 0,7 Gramm Phosphor in seiner Nahrung um nicht an Mangelerscheinungen  
13 zu leiden. Phosphor ist unabdingbar beim Knochenaufbau und Energiestoffwechselprozessen. Zugleich  
14 scheidet er pro Jahr ca. 1 Kilogramm aus. Neben Ausscheidungen (insbesondere Urin) von Mensch und  
15 Tier sind Tierknochen und Lebensmittelabfälle die Hauptvorkommen von Phosphor in Deutschland. Das  
16 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Umwelt, Natur-  
17 schutz und Reaktorsicherheit (BMU) riefen im Jahr 2004 die gemeinsame Förderinitiative „Kreislaufwirt-  
18 schaft für Pflanzennährstoffe - insbesondere Phosphor“ ins Leben, in welchen verschiedene Verfahren  
19 zur Rückgewinnung von Phosphor entwickelt wurden und derzeit in verschiedenen Kläranlagen erprobt  
20 werden. Das weltweite Fördermaximum für Phosphor wird für 2027 erwartet<sup>3</sup>.

21 Die Stadt Offenburg hat über den kommunalen Investitionsfonds (KIF) Baden-Württemberg Investitions-  
22 kosten in Höhe von 645.000 € für eine Anlage zu Behandlung von anaerob stabilisierten Klärschlämmen  
23 gebaut und Ende 2011 in Betrieb genommen. Dabei entsteht durch chemischen Prozess unter Zugabe  
24 von Schwefelsäure, Natronlauge, Zitronensäure und Magnesiumchlorid das Produkt Magnesium-Ammo-  
25 nium-Phosphat (MAP). Das MAP kann direkt als Mehrnährstoffdünger in der Landwirtschaft verwendet  
26 werden. Gebaut wurde eine Anlage mit einem Reaktorvolumen von 12 Kubikmetern. Damit kann der  
27 Klärschlamm von circa 5.000 Einwohner\*innenwerten behandelt werden. Die Ausbeute wird dabei auf  
28 circa 50 Kilogramm MAP pro Tag geschätzt. <sup>4</sup> Etwa 70 % des Phosphors kann hierdurch zurück gewonnen  
29 werden, was nach Schätzungen des Baden-württembergischen Umweltministeriums etwa 53 % des Lan-  
30 desbedarfes sicherstellt.<sup>5</sup>Wobei grundsätzlich eine Deckung von 80 % unter Hinzunahme von Abfällen in  
31 der Nahrungsmittelindustrie und Wirtschaftsdünger auszugehen ist.<sup>6</sup>

---

2 Bericht „Bewertung von Handlungsoptionen zur nachhaltigen Nutzung sekundärer Phosphorreserven“ Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall Stand  
30. Januar 2012:10

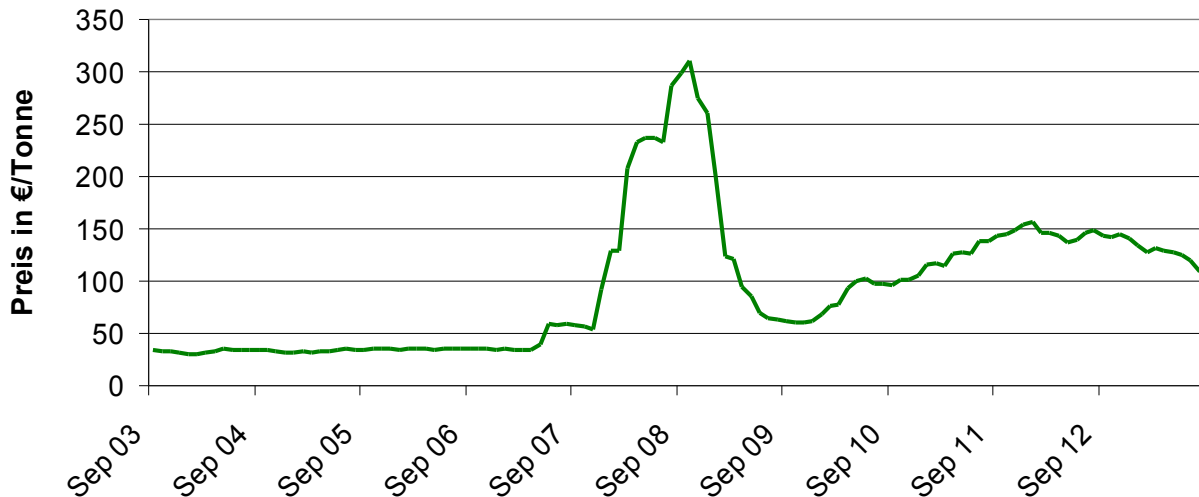
3 <http://www.resilience.org/stories/2013-08-29/new-projection-of-peak-phosphorus>

4 <http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/88094/>

5 „Phosphor-Rückgewinnungsstrategie Baden-Württemberg“ Referat 46 „Siedlungsabfallwirtschaft, Abfalltechnik“ des Ministerium für Umwelt, Klima und  
Energiewirtschaft Baden-Württemberg Oktober 2012

6 Nachhaltiger Umgang mit der begrenzten Ressource Phosphor durch Recycling und Erhöhung der Phosphoreffizienz der Düngung Wissenschaftlicher  
Beirat für Düngungsfragen des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 22.2.2011

## Phosphat



1 Der Preis pro Tonne Phosphat (P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>), befand sich Jahrzehnte lang bis zum Frühjahr 2007 bei etwa 30 €  
 2 pro Tonne, stieg dann bis Oktober 2008 auf über 300 € pro Tonne an<sup>7</sup>, was zu Ausschreitungen indischer  
 3 Bauer\*innen führte, die um ihre Existenz fürchteten. Seitdem fiel der Preis zwar aufgrund weniger Spe-  
 4 kulation, hält sich aber noch über 100 € pro Tonne. Ein Vergraben von Klärschlamm auf Deponien und  
 5 unter Straßenbelag erscheint daher nicht mehr zeitgemäß. Um Hungersnöte und Kriege, verursacht  
 6 durch Phosphormangel, zu verhindern ist eine Streckung der vorhandenen Ressourcen bis eine vollstän-  
 7 dige Wiederverwertung notwendig.

8 168.000 Tonnen Deutschland sind möglich.

9 Forderungen:

- 10 • Sparsamer Umgang mit Phosphor in der deutschen bzw. europäischen Landwirtschaft durch die
- 11 schrittweise Erhöhung eines Mindestpreises für phosphathaltigen Dünger. Die Differenz zum
- 12 Weltmarktpreis soll über den EU Agrarhaushalt ausgeglichen werden mit dem Ziel einer vollstän-
- 13 digen Substitution von Phosphorimporten
- 14 • Züchtung phosphoreffizienterer Pflanzen
- 15 • Suche neuer Phosphorlagerstätten und deren Erschließung
- 16 • Vorrang stofflicher gegenüber thermischer Verwertung von phosphorhaltigen Erzeugnissen (> 1
- 17 % Phosphoranteil)
- 18 • Schrittweise Umstellung aller Kläranlagen zur Wiederverwertung von Phosphor
- 19 • Vollständige Verwertung Abfällen aus der Tierhaltung
- 20 • Vollständige Filterung von Phosphor aus Oberflächengewässern
- 21 • Einrichtung eines Lagers für Klärschlammmaschen bis eine Wiedergewinnung von Phosphor groß-
- 22 technisch möglich wird.

7 <http://www.indexmundi.com/commodities/?commodity=rock-phosphate&months=120&currency=eur>

## **Antragsbereich P – Partei und Organisation**

### **Antragsnummer: P1**

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Bundesparteitag

### **Zum GroKo-Deal**

1 Wir stehen der großen Koalition auf Bundesebene sehr kritisch gegenüber und setzen hohe Maßstäbe an  
2 die Umsetzung sozialdemokratischer Themen aus dem Koalitionsvertrag.

3 Die Jusos haben sich vor dem Mitgliederentscheid deutlich positioniert: Der Koalitionsvertrag wird den  
4 Forderungen aus dem Wahlkampf nicht gerecht. Wir haben für einen Politikwechsel gekämpft, den wir in  
5 dieser großen Koalition unter der Führung von Angela Merkel nicht verwirklicht sehen.

6 Dennoch ist klar: Das Ergebnis des Mitgliederentscheids mit seiner deutlichen Befürwortung der großen  
7 Koalition akzeptieren wir. Die nächsten 4 Jahre sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung gilt es nun zu  
8 nutzen um möglichst viele Punkte unseres Wahlprogramms in Regierungshandeln umzusetzen. Wir hal-  
9 ten es für falsch, wenn die Entscheidung bei Genossinnen und Genossen zu Resignation oder gar Partei-  
10 Austritten führt.

11 Die Regierungszeit wird kein Zuckerschlecken – weder für die Funktionäre auf Bundesebene noch für die  
12 Parteibasis. Wir werden uns stets im Spannungsfeld zwischen unserer sozialdemokratischen Grundüber-  
13 zeugung und den Forderungen unserer konservativen Koalitionspartner befinden. Daher müssen unsere  
14 Bundestagsabgeordneten in den nächsten Jahren mehreren Rollen gerecht werden.

#### **15 Rolle 1: Umsetzen zentraler sozialdemokratischer Themen!**

16 Die folgenden Themen sind aus unserer Sicht die zentralen Fragen, auf die es in der Großen Koalition an-  
17 kommen wird:

18 • Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn muss kommen! Er muss ab 2015 (bzw. mit der Über-  
19 gangsfrist bei existierenden Tarifverträgen 2017) mit 8,50€ verbindlich in ganz Deutschland eingeführt  
20 werden. Dabei darf es keine regionalen Ausnahmen, zeitlichen Verschiebungen oder andere Ausreden  
21 geben. Wer in diesem Land arbeitet, muss von seinem Lohn ohne weitere Transfermaßnahmen vernünft-  
22 igt leben können!

23 • Die Befristung der Ausnutzung von LeiharbeiterInnen und die Einschränkungen des Missbrauch  
24 von Werkverträgen sind erste Schritte auf einem Weg zu einer besseren Arbeitsmarktpolitik. Von ihnen  
25 darf kein Stück abgewichen werden!

26 • Auf dem Weg zur besseren Gleichstellung in der Gesellschaft ist die gesetzliche Frauenquote in Auf-  
27 sichtsräten ein ebenso sinnvolles Instrument wie das Entgeltgleichheitsgesetz. Für uns Jusos ist eine  
28 komplette Gleichstellung der Geschlechter längst überfällig!

#### **29 Rolle 2: Einbringen weiterer sozialdemokratischer Akzente!**

30 Uns ist bewusst, dass ein Koalitionsvertrag noch kein Regierungsergebnis ist. Daher wird es in den nächs-  
31 ten 4 Jahren darauf ankommen, weitere sozialdemokratische Themen durchzusetzen, auch wenn sich  
32 der Koalitionsvertrag dazu ausschweigt:

33 • Die Studierenden in Deutschland brauchen eine starke gesetzliche Studienfinanzierung, die den realen  
34 Lebensbedarf der Studierenden deckt. Das BAföG ist in den letzten Jahren nicht adäquat der Lebensreali-  
35 tät der Studierenden angepasst worden. Dass der Koalitionsvertrag hier bisher keine Erhöhungen der Be-  
36 darfssätze und Ausweitungen der Bezugsberechtigten vorsieht, kritisieren wir aufs Schärfste. Hier muss  
37 die Regierung dringend tätig werden.

38 • In der öffentlichen Debatte sind die Oppositionsrechte ein wichtiges Thema, bei der VertreterInnen der  
39 Großen Koalition gerne vollmundig bekunden, dass man die nun existierende Klein-Opposition angemess-  
40 sen beteiligen werde. Uns reichen diese warmen Worte jedoch nicht aus. Eine Demokratie braucht eine  
41 Opposition und eine Opposition braucht gewisse Rechte um eine Regierung kontrollieren zu können. Da-

1 her muss die Koalition der Opposition mindestens 30% der Redezeit im Bundestag sowie das formelle  
2 Recht zur Einreichung einer Normenkontrollklage zubilligen.

3 • Die SPD hat eine klare Vision eines sozialen Europas. Die Festung Europa mit einer solidarischen Asyl-  
4 politik zu überwinden, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und die Finanzmärkte zu regulieren,  
5 Staaten in Krisensituationen wirtschaftlich zu unterstützen und Menschen anderer Herkunft zu integrie-  
6 ren sind nur einige Punkte unseres internationalistischen Politikansatzes. Euro-Gegner\_innen wie der  
7 AfD und fremdenfeindlichen Äußerungen aus Reihen der CSU erteilen wir eine klare Absage. Hier gilt es  
8 für die SPD in der Regierung Stärke zu zeigen – Hoch die internationale Solidarität!

9 • Unstrittig ist die Energiewende ein zentrales Projekt dieser Regierung, an der sie sich messen lassen  
10 muss. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sind leider viel zu zurückhaltend. Der Weltklimarat hat in  
11 seinem neuesten Bericht aus dem November 2013 alarmierende Veränderungen im Klimasystem heraus-  
12 gearbeitet. Der Erwärmung der Atmosphäre und der Ozeane, der Verringerung von Schnee- und Eismen-  
13 gen, steigenden Meeresspiegeln und höherer Konzentration von Treibhausgasen wollen wir mit einem  
14 schnellen Umstieg auf einen regenerativen Energiemix aus Wind-, Solar- und Biomasse begegnen. Eine  
15 Verlängerung der Kernenergie ist für uns keine Option. Stattdessen fordern wir stärkere Investitionen in  
16 die neuen Energien – das ist energiepolitisch sowie arbeitsmarktpolitisch der einzig zukunftsfähige Weg  
17 für dieses Land.

### 18 **Rolle 3: Selbstbewusste Opposition innerhalb der Regierung!**

19 Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten- und MinisterInnen aber noch eine dritte Rolle, die  
20 Opposition innerhalb der Regierung. Es gibt zentrale Themen, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-  
21 mokraten im Wahlkampf bekämpft haben und die wir weiterhin für falsch halten. Dies muss eine selbst-  
22 bewusste SPD auch in Regierungsverantwortung vertreten:

23 • Das Betreuungsgeld der CSU ist und bleibt eine Farce! Wir möchten keine reichen Familien dafür be-  
24 lohnen, dass sie ihre Kinder aus sozialen Einrichtungen wie KiTas fernhalten, die nach wissenschaftlichen  
25 Studien eine sehr positiven Einfluss auf die soziale Entwicklung haben. Wir Jusos kämpfen weiterhin für  
26 die Abschaffung des Betreuungsgeldes, weil es sozialpolitisch, familienpolitisch und finanzpolitisch aufs  
27 Abstellgleis führt.

28 • Die Maut für AusländerInnen darf niemals eingeführt werden. Der vage Prüfauftrag im Koalitionsver-  
29 trag und die Aussagen von SPD-Spitzenpersonal, dass die Maut nur komme, wenn Weihnachten und Os-  
30 tern auf einen Tag fallen, steht in einem krassen Missverhältnis zu Aussagen des CSU-Vorsitzenden, der  
31 sich nahezu täglich für die Einführung der Maut für Ausländer feiern lässt. Es ist zu wenig, wenn die SPD  
32 dabei mithilft eine Maut einzuführen, die deutsche Autofahrer nicht finanziell belastet. Wir stellen uns  
33 komplett gegen die Maut – unsere ausländischen Freunde sind ausdrücklich herzlich willkommen!

34 • Wir haben uns nicht aus Spaß im Wahlkampf für den Ruf nach Steuererhöhungen beschimpfen lassen.  
35 Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass wir über ein gerechteres Steuersystem und eine Umvertei-  
36 lung von höheren zu niedrigeren Einkommen die Gesellschaft gerechter und solidarischer gestalten kön-  
37 nen. Wir sind überzeugt, dass der Zeitpunkt innerhalb der Legislatur kommen wird, wenn auch Kräfte in  
38 der Union die Notwendigkeit von Steuererhöhungen nicht mehr von der Hand weisen können. Für die-  
39 sen Moment muss die SPD vorbereitet sein.

### 40 **Rolle 4: Die Parteierneuerer!**

41 Unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheides war dieses Instrument ein voller Erfolg. Selten ha-  
42 ben sich die SPD-Mitglieder so intensiv mit den Details der Koalitionsverhandlungen befasst. Selten gab  
43 es ein solch großes Medieninteresse zur Gemütslage der Parteibasis. Niemals wären die inhaltlichen For-  
44 derungen der SPD in den Koalitionsverhandlungen so ernst genommen worden, wenn CDU/CSU nicht  
45 Sorge vor einem drohenden Scheitern der Befragung gehabt hätte. Vermutlich hätte auch die SPD-Partei-  
46 spitze niemals so intensiv auf die Wünsche der Basis gehört, wenn sie sich nicht dem Votum der Mitglie-  
47 der hätte stellen müssen. Daher bewerten wir diese Abstimmung als positiven Schritt um die SPD zu-  
48 kunftsfähig zu machen. In der nächsten Legislatur müssen aber weitere Schritte folgen – parteiintern so-



1 wie in der Öffentlichkeit.

2 Wie wichtig die Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit ist, haben wir im Wahlergebnis nach der  
3 letzten großen Koalition gesehen. Es wäre jedoch falsch, nun davon auszugehen, dass die SPD automa-  
4 tisch bei der nächsten Bundestagswahl ebenso abgestraft wird. Wir Jusos wissen: Wer kämpft kann ver-  
5 lieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! Daher gilt es in den nächsten Jahren unsere Erfolge, nach-  
6 dem sie errungen wurden, auch in der Öffentlichkeit entsprechend zu kommunizieren.

7 Parteiintern wünschen wir uns eine weitere Öffnung und Modernisierung der Partei. Gerade junge Mit-  
8 glieder fühlen sich oftmals in starren Ortsvereinsstrukturen nicht richtig angesprochen. Hier gilt es für  
9 die Ortsvereine ihre Angebote auf alle Altersgruppen zuzuschneiden und gleichzeitig für die Partei alter-  
10 native Formen der Partizipation zu schaffen.

### **Antragsnummer: P2**

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD  
Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

### **Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden**

11 Mit dem Mitgliederentscheid zu dem Koalitionsvertrag mit der CDU /CSU hat die SPD erstmals in der Ge-  
12 schichte das Votum der SPD-Basis über eine Regierungsbeteiligung eingeholt. Im Rahmen dieses Mitglie-  
13 derentscheids kam es zu regen Diskussionsprozessen. Dieser Mitgliederentscheid kann somit durchaus  
14 als ein Gewinn für die innerparteiliche Demokratie und für die Beteiligung der Basis gesehen werden.

15 Doch neben diesen positiven Aspekten gibt es auch einiges scharf zu kritisieren. So wurde vom SPD-Par-  
16 teivorstand eine massive parteiinterne Kampagne für die Zustimmung zur Großen Koalition gefahren.  
17 Eine ausgewogene Darstellung des Für und Wider war nicht im geringstem vorhanden. Tagtäglich wurde  
18 vom Parteivorstand E-Mails an die Mitglieder mit den vermeintlichen Vorzügen des Koalitionsvertrages  
19 gesendet. In der Vorwärts-Ausgabe mit dem Abdruck des Koalitionsvertrags fand man nur einseitige Arti-  
20 kel, die für die Zustimmung zur Großen Koalition warben. Auf den Regionalkonferenzen gab es nur Rede-  
21 beiträge auf dem Podium von Parteivertreter\*innen, die für den Koalitionsvertrag sich aussprachen. Des  
22 Weiteren wurde eine ganzseitige Anzeige des SPD-Parteivorstands in der konservativen Springer-Presse  
23 geschaltet. Höhepunkt dieser Kampagne war, dass mit den Abstimmungsunterlagen nochmals ein Wer-  
24 beschreiben des Parteivorstandes beigelegt wurde, dass für ein „Ja“ zum Mitgliederentscheid warb. So-  
25 mit wurde mit der ganzen Wucht des Parteiapparates Stimmung für die Große Koalition gemacht. Kriti-  
26 sche Stimmen konnte man auf den offiziellen Kanälen der Partei vergeblich suchen.

27 Ein Mitgliederentscheid sollte jedoch eine Möglichkeit der Willensbildung der Mitglieder an der Basis  
28 sein, die jedem Mitglied ermöglicht für sich die Für und Wider einer Zustimmung oder Ablehnung abzu-  
29 wägen. Dafür jedoch muss den Mitgliedern möglich sein innerhalb der Partei eine offene Diskussion zu  
30 führen. Bei diesem Mitgliederentscheid war diese, wie gezeigt, aufgrund der Einseitigkeit nicht möglich  
31 und es gab nur die offizielle Linie der Parteiführung. Daher bedarf es für künftige Mitgliederentscheide  
32 klare Regeln, die garantieren, dass neben der Linie des Parteivorstandes auch eine alternative Meinung  
33 ebenfalls in gleicher Weise ihre Inhalte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

34 Daher fordern wir, dass für eine ausgewogene Durchführung und Diskussion des Mitgliederentscheides  
35 folgende verbindliche Regeln zu gelten zu haben:

36 1. Die Mail- und Postverteiler der SPD müssen Befürworter\*innen und Gegner\*innen zu gleichen Teilen  
37 offen stehen und keiner darf einen größeren Anteil an Werbung haben.

38 2. Im Vorwärts sind während eines Mitgliederentscheids gleichen Raum für Artikel der beiden Seiten ein-  
39 zuräumen

40 3. Auf den Regional- und örtlichen Konferenz sollen Befürworter\*innen und Gegner\*innen auf dem Podi-

1 um in gleichen Teilen mit gleichen Redeanteilen vertreten sein.

2 4. Bezahlte oder gespendete Werbung, die einseitig Position zu Gunsten einer Seite bezieht, jenseits der  
3 Parteimedien ist nicht zulässig.

4 5. Bei der Verschickung der Abstimmungsunterlagen darf keine Empfehlung für ein Abstimmungsverhal-  
5 ten enthalten sein. Die Unterlagen und ein etwaiges Begleitschreiben müssen neutral gehalten sein.

## **Antragsbereich R – Rechtsextremismus**

### **Antragsnummer: R1**

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

### **Freie Netz Süd sofort verbieten!**

6 Das Freie Netz Süd ist ein Netzwerk von freien Kameradschaften und Autonomen Nationalist\*innen und  
7 wurde 2008 gegründet und ist seitdem das aktivste Netzwerk der rechten Szene in Nordbayern. Die Akti-  
8 vitäten des Freien Netz Süd sind zahlreich. Neben einer sehr aktiven Internetseite wurden etliche De-  
9 monstrationen, Kundgebungen und das Verteilen von Materialien beobachtet. Im Sommer 2013 wurden  
10 seitens der Ermittlungsbehörden des Freistaates Bayern Hausdurchsuchungen bei den Mitgliedern und  
11 Aktiven des Freien Netz Süds durchgeführt, welche mit dem Ziel stattfand Material für ein Verbotsver-  
12 fahren zu sichern. Seitdem ist nichts mehr geschehen oder großartig über den Fortgang des Verfahrens  
13 an die Öffentlichkeit gedrungen. Es scheint, dass das Verbotsverfahren im Sande verläuft!

14 Dabei kann man anhand öffentlich zugänglichen Materialien erkennen, dass es sich bei dem Freien Netz  
15 Süd um eine nationalsozialistische Organisation handelt, die nur fadenscheinig ihre Ideologie unter dem  
16 Deckmantel des „Nationalen Sozialismus“ verdeckt.

17 Das Freie Netz Süd sieht sich in der Szene als Nationale Sozialisten und hat eine sozialrevolutionäre Aus-  
18 richtung<sup>8</sup>. Ebenso gibt man an, dass der historische Nationalsozialismus unter Hitler problematisch war  
19 und man sich davon entlasten müsse beziehungsweise ein Romantisierung fehl am Platze sei<sup>9</sup>. Dazu  
20 passt durchaus der Bezug auf den Strasser-Flügel, der wie schon erwähnt, als linke Opposition verklärt  
21 wird. So stellt man sich oberflächlich so dar, als würde man die Fehler, die getan wurden eingestehen  
22 und sei geläutert. Doch was steckt hinter dem Nationalen Sozialismus, den das Freie Netz Süd propagiert  
23 wirklich?

24 Das erklärte Ziel des Freien Netz Süd ist den Kapitalismus zu zerschlagen und den Nationalen Sozialismus  
25 einzuführen. Dabei scheint Sozialismus und Nationalismus eine nicht zu trennende Synthese zu bilden.  
26 So beschreibt etwa der Blog „Sache des Volkes“, der zum Freien Netz Süd gehört:

27 *„Für die Arbeiterklasse ist das jeweilige Vaterland der Kampfboden für die Erfüllung ihrer histori-*  
28 *schen Mission. Mit ihrem Kampf um die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und um die*  
29 *Errichtung der sozialistischen Gesellschaft erweist sie sich zugleich als die beste Verfechterin der*  
30 *wahren Interessen der Nation. Der sozialistische Patriotismus ist die höchste Form des Patriotis-*  
31 *mus.“<sup>10</sup>*

32 Hier erkennt man, dass der Sozialismus nicht von der Nation getrennt gedacht werden kann und der So-  
33 zialismus ist der wahre Verfechter für die Nation. Das Erringen des nationalen Sozialismus ist in der ge-  
34 schichtlichen Bestimmung keine Auflösung von Nation und Volk, sondern setzt diese gerade voraus. Hier  
35 wird die schon bekannte Zweieinheit von Sozialismus und Nationalismus deutlich, welcher auch schon  
36 im historischen Nationalsozialismus etwa so vom Strasser-Flügel propagiert wurde. Dabei geht es natür-  
37 lich nur um den Kampf für deutsche Arbeiter und nicht für den Arbeiter als Klasse. Denn es geht an ers-  
38 ter Stelle um das Wohl der Deutschen. Das wird deutlich in dem folgenden Zitat zur Behandlung von Ar-

8 Vgl.: <http://sozrev.wordpress.com/2010/04/12/kleine-fortschritte/>

9 Vgl.: Ebenda.

10 <http://sachedesvolkes.wordpress.com/2013/06/05/sozialistischer-patriotismus/>

1 beitslosen deutlich: „Aus der Sicht deutscher Nationalisten gehören Betriebe zwangsverpflichtet erst  
2 deutsche Arbeitslose einzustellen“<sup>11</sup>. Noch deutlicher wird die Haltung des Freien Netz Süd gegenüber  
3 Ausländern, in ihrer Aussage, dass durch den steigenden Anteil von Ausländern „langfristig irreparable  
4 Schäden im deutschen Volk“<sup>12</sup> entstehen würden.

5 Die Schuld an dem jetzigen Zustand wird klar in der Demokratie und dem kapitalistischen System gese-  
6 hen, dass den ‚Volkstod‘ bedeuten würde. In den Augen des Freien Netz Süd ist das Volk bedroht und die  
7 jetzigen Deutschen womöglich die letzten ihrer Art, „zerstört von widernatürlicher Rassenmischung und  
8 umweltfeindlichen Turbokapitalismus“<sup>13</sup>. Hier tritt in Form der Reinerhaltung der Rasse das biologische  
9 Menschenbild des Freien Netz Süd zutage, worin man die Versatzstücke der nationalsozialistischen Vor-  
10 stellung des Rassenkampfes erkennen kann. Ebenso zeigt die Vorstellung, dass die heutige Form der De-  
11 mokratie den ‚Volkstod‘ bedeutet, die radikale Ablehnung der vorherrschenden Idee der liberalen Demo-  
12 kratie, die dadurch widernatürlich und zerstörerisch wirkt. Hier erkennt man wieder die Versatzstücke  
13 der antiliberalen und antidemokratischen Gedankenwelt des Nationalsozialismus.

14 Auch Antisemitismus ist fester Bestandteil des ideologischen Weltbildes des Freien Netz Süd. So wird im-  
15 mer wieder vom Freien Netz Süd der in ihren Augen überzogene Umgang mit Juden angeprangert. Als  
16 Beispiel werden etwa 5 Millionen Euro angeführt, mit der die jüdische Gemeinde in Berlin bezuschusst  
17 werde, obgleich dieses Geld doch besser für andere Dinge ausgegeben werden könnte, da es ja das Geld  
18 des deutschen Steuerzahlers sei<sup>14</sup>. Interessant ist hier, dass die jüdischen Bürger scheinbar nicht als deut-  
19 sche Steuerzahler angesehen werden. Hier erkennt man durchaus das völkisch-antisemitische Bild vom  
20 Juden, dass der ideologischen Vorstellungswelt des Freien Netz Süd zu Grunde liegt. Zusätzlich wird im-  
21 mer wieder gegen Israel gehetzt. So wird Israel beispielsweise als „zionistische[s] Terrorregime im Nahen  
22 Osten“<sup>15</sup> bezeichnet. So heißt es etwa auf der Seite des Freien Netz Süd zur Thematik deutscher U-Boot-  
23 Lieferungen an Israel:

24 *„Ende April 2013 kaufte das zionistische Gebilde im Nahen Osten ein weiteres U-Boot aus deut-*  
25 *scher Fabrikation und besitzt nun ganze fünf Exemplare der Genozid-Waffe. Ein sechstes ist be-*  
26 *reits bestellt. Unersättlich scheint die Gier des paranoiden Terrorstaates nach weiteren todbrin-*  
27 *genden Modellen.“*<sup>16</sup>

28 Hier wird deutlich, dass man den Staat Israel und den Juden zum einen wieder Gier vorwirft, so wie es  
29 dem antisemitischen Stereotyp entspricht, und zum anderen den jüdischen Staat und somit die Juden als  
30 eine Bedrohung dargestellt, wie es schon im historischen Nationalsozialismus der Fall war.

31 Hinter dem nationalen Sozialismus des Freien Netz Süd stecken die Versatzstücke der nationalsozialisti-  
32 schen Ideologie. Der nationale Sozialismus ist somit wie auch schon beim im historischen Nationalsozia-  
33 lismus nur eine Sozialismusedagogie, die blenden soll. Es geht diesem nicht wirklich um die Überwin-  
34 dung des Kapitalismus, sondern darum, den Nationalsozialismus wieder in einem vermeintlich neuen  
35 Gewand trotz der historischen Tatsachen gesellschaftsfähig zu machen. Doch der nationale Sozialismus  
36 ist nichts anderes als Wein aus alten Schläuchen, und hinter Rhetorik steht nicht im geringsten ein Sozia-  
37 lismus, sondern eine höchst menschenverachtende Ideologie steckt. Nationaler Sozialismus ist somit nur  
38 ein Synonym für Nationalsozialismus. Somit stellt das Freie Netz Süd den Versuch dar, sich im Sinne des  
39 Nationalsozialismus wieder zu betätigen.

40 Neben der offensichtlichen zu Tage tretenden Kontinuität zum historischen Nationalsozialismus und des-  
41 sen Wiederbetätigung wurde auch immer wieder nach außen deutlich, dass es sich bei dem Freien Netz  
42 Süd um eine Ersatzorganisation für die 2004 verbotene Fränkische Aktionsfront handelt. Auf Veranstal-  
43 tungen des Freien Netz Süd konnte man immer wieder Erkennungszeichen der Fränkischen Aktionsfront  
44 sehen unter anderem ein altes Banner, welches nur umgeklappt wurde, damit man den Schriftzug der

11 <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/06/14/klassenkampf-von-oben-lieber-auslander-als-deutsche-arbeitslose/>

12 <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2009/12/14/dieses-system-bringt-uns-den-volkstod/>

13 <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2009/03/24/familientag-im-nurnberger-tiergarten/>

14 Vgl.: <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/07/01/5-millionen-jahrlich-fur-berliner-juden/>

15 <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/02/02/zionistischer-terrorstaat-bombardiert-syrien/>

16 <http://www.freies-netz-sued.net/index.php/2013/05/17/brd-unterstutzt-zionistischen-atomschlag/>

1 Aktionsfront nicht mehr lesen konnte. Ebenso gibt es eine gewisse personale Kontinuität, die den Ver-  
2 dacht erhärten, dass das Freie Netz Süd eine zu verbietende Ersatzorganisation für die Fränkische Akti-  
3 onsfront ist.

4 Insgesamt kann man anhand öffentlich zugänglicher Quellen klar und deutlich den nationalsozialisti-  
5 schen Charakter sowie den Ersatzcharakter für die Fränkische Aktionsfront erkennen. Daher fordern wir,  
6 dass das Freie Netz Süd unverzüglich verboten wird. Eine mögliche Ersatz- bzw. Nachfolgeorganisation  
7 muss unverzüglich nach der Kenntnis darüber ebenso aufgelöst und verboten werden!

**Antragsnummer: R2**

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz

**Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung mit einer  
SPD- und Juso-Mitgliedschaft**

8 Die Werte der Sozialdemokratie sind Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität! Wir stehen für  
9 eine offene, demokratische, solidarische und egalitären Gesellschaft in der jede\*r Mensch ohne Ansehen  
10 seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung und seiner Herkunft seine Leben frei entfalten kann  
11 ohne dabei durch andere Menschen ausgegrenzt oder angefeindet werden!

12 Aufgrund dieser Wertevorstellung, die grundlegender Bestandteil der Sozialdemokratie und somit der  
13 SPD sind, ist eine Mitgliedschaft oder Aktivität in einer studentischen Verbindung nicht zu vereinen! Seit  
14 dem letzten Parteitag der SPD im November 2013 ist eine Mitgliedschaft in einer Burschenschaft, die Teil  
15 des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaften sind, mit einer SPD-Mitgliedschaft unvereinbar.  
16 Doch das ist nicht weitgehend genug.

17 Die Burschenschaften insgesamt vertreten ein revisionistisches, reaktionäres und oft völkisches Weltbild,  
18 welches aus dem Nationalliberalismus der Bismarckzeit entwickelte und oft in diesem Denken stehen ge-  
19 blieben ist. So verwundert es auch nicht, dass die Burschenschaften bis heute die NS-Zeit verharmlosen  
20 und sich nicht von NS-Täter\*innen in den eigenen Reihen distanzieren.

21 Es gibt neben den Deutschen Burschenschaften noch viele andere Verbindungen. Davon sind einige  
22 schlagende Verbindungen wie etwa die Corps, Landsmannschaften und Alte Turnerschaften. Daneben  
23 gibt es noch konfessionelle und christliche Verbindungen. Viele dieser Verbindungen versuchen sich von  
24 den Deutschen Burschenschaften so wie deren rechtsradikales Gedankengut zu distanzieren und verwei-  
25 sen darauf, dass man lediglich alte Traditionen bewahren möchte. Doch betrachtet man diese Traditio-  
26 nen der verschiedenen Verbindungstypen genauer, so stellt man schnell fest, dass dieses alle eher kon-  
27 servative und rechte Werte vertreten. So wird oft ein Bild der Liebe zum Vaterland vermittelt, dass seine  
28 Wurzeln im Nationalismus des 19. Jahrhunderts hat. Dieser Nationalismus ist in seiner Wurzel davon ge-  
29 prägt, dass Deutschland eine besondere Stellung zu kommt. Dieses wird zwar von vielen nicht offen nach  
30 außen propagiert, doch sind sie unter sich, so bricht diese Vorstellungen über Deutschland immer wie-  
31 der offen zu tage.

32 Auch die männlichen Initiationsriten sind in den Werte- und Ehrvorstellung einer vergangenen Zeit ver-  
33 haftet und scheinen oft wie ein Anachronismus. Hier sei nur die Mensur in den schlagenden Verbindun-  
34 gen erwähnt oder Saufritten die zur Wiederherstellung der vermeintlich Verletzung der Ehre dienen. Die-  
35 ses wird gerne als Tradition verbrämt, die man pflege. Dabei wird nicht kritisch reflektiert, dass man so  
36 ein Bild von Männlichkeit reproduziert, dass eine Dominanz der Männer als Elite der Gesellschaft vor-  
37 sieht. So verwundert es nicht, dass viele Verbindungen reine Männerverbindungen sind. Es mag Ausnah-  
38 men in Form von reinen Frauenverbindungen geben, doch diese adaptieren in erstaunlicher Weise die  
39 männlichen Gegenstücke ins Detail mit allen ihren anachronistischen Vorstellungen.

40 Insgesamt kann man feststellen, dass studentische Verbindungen ein elitäres, konservatives und rück-

1 wärtsgewandtes Weltbild haben und auch ihren Mitgliedern vermitteln. Dieses steht den Ideen einer of-  
2 fenen, demokratischen, solidarischen und egalitären Gesellschaft diametral gegenüber. Dieses aber sind  
3 die Grundwerte zu denen sich die SPD bekennt.

4 Daher fordern wir, dass eine Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung nicht vereinbar mit der  
5 Mitgliedschaft in der SPD und den Jusos ist. Der bis 1954 geltende Unvereinbarkeitsbeschluss mit stu-  
6 dentischen Verbindungen mit einer SPD-Mitgliedschaft muss erneuert werden! Des Weiteren soll es ein  
7 Zusammenarbeitsverbot mit dem Lassalle-Kreis, dem Netzwerk von Verbindungsmitgliedern mit SPD-  
8 Mitgliedschaft, beschlossen werden!

### **Antragsbereich S – Sexualität**

#### **Antragsnummer: S2**

Antragsteller: Unterbezirk Bamberg-Forchheim

Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag

### **Änderung Sperrbezirksverordnung der Stadt Bamberg**

9 Das Gelände des AWO-Seniorenzentrums Bamberg in der Hauptmoorstraße 26 soll aus dem Gebiet des  
10 §2 (2) b) Verordnung über das Verbot der Prostitution in der Stadt Bamberg vom 13. November 1981,  
11 geändert durch Verordnung vom 6. Juni 1984 des Bezirkes Oberfranken für die Stadt Bamberg ausge-  
12 nommen werden.

13 Begründung:

14 Sexuelles Verlangen ist ein menschliches Bedürfnis. Einige Behinderungen verhindern oder erschweren  
15 Menschen, diesem nachzugehen, was zu einer Einschränkung des Wohlbefindens und der Bildung von  
16 Aggressionen führen kann. Da Prostituierte oft überfordert mit der besonderen Situation dieser Men-  
17 schen sind, existieren in Deutschland Weiterbildungen zur/zum Sexualbegleiter\*in Sie haben sich auf die  
18 sexuellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen spezialisiert. Jedoch fällt deren Betätigung auch  
19 unter die Sperrbezirksverordnung des Bezirkes Oberfranken, was für die Bewohner\*innen des AWO-Se-  
20 niorenzentrums, eine Einschränkung bedeutet und Wettbewerbsnachteile für den weiteren Betrieb be-  
21 fürchten lässt.